

# Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

Herausgegeben vom Verband der Deutschen Buchdrucker

67. Jahrgang

Berlin, den 22. Juni 1929

Nummer 50

Bezugspreis 1 RM. monatlich, nur Postbezug · Das Einzel Exemplar 15 Pf. ohne Porto · Erscheinungstage Mittwoch und Sonnabend · Schriftleitung und Geschäftsstelle: Berlin SW61, Dreibundstr. 5

## Dem Verbandstag in Frankfurt a. M. zum Gruß!

Der XIV. Verbandstag der deutschen Buchdrucker tritt am diesjährigen Johannistage in der historischen Metropole an der alten Furt der Franken über den Mainstrom zusammen. Seine Aufgaben bezwecken in erster Linie den Ausbau unserer Organisation zur Verstärkung unserer gewerkschaftlichen Abwehr gegen reaktionäre Tendenzen wirtschafts- und sozialpolitischer Art sowie Förderung unserer gemeinsamen Kräfte zur Erzielung einer höheren Kultur. Sowohl aus dem Bericht des Verbandsvorstandes über das Jahr 1928, der die konsequente Fortsetzung und im Rahmen praktischer Möglichkeiten auch die Erfüllung der aus den beiden vorhergehenden Jahren seit dem letzten Verbandstag der Leitung unserer Organisation auferlegten Pflichten bestätigt, wie aus allen anderen Zeitfragen in wirtschaftlicher, gewerblicher, tariflicher und organisatorischer Art werden die Mandatgeber der Verbandstagsbelegierten und dieselbst die Erkenntnis gewonnen haben, daß die Verantwortlichkeit der letzteren eine sehr große ist. Trotzdem wird es bei kollegialer Pflichterfüllung aller dazu Berufenen nicht unmöglich sein, diese Verantwortung zu tragen.

Von den zum ersten Punkt der Tagesordnung, „Bericht des Verbandsvorstandes und Genehmigung der Jahresberichte“, gestellten zwei Anträgen wird der erste dem Verbandstage Gelegenheit geben, klar und deutlich auszusprechen, daß die Aufgaben des Verbandes auch von seiner verantwortlichen Leitung nur im Sinne der für ihn maßgebenden Satzungen- und Verbandstagsbeschlüsse erfüllt werden können und dürfen, und daß destruktiven Tendenzen durch Sonderbestrebungen im Rahmen des Verbandes auch für die Zukunft kein Spielraum gelassen werden kann.

Die Anträge zum zweiten Punkt der Tagesordnung gliedern sich in solche auf Industrieverband, Abänderung der Satzungen und der Bestimmungen über die Unterstützungseinrichtungen sowie auf Festsetzung der Mitgliederbeiträge. Nachdem die früheren Meinungsverschiedenheiten über die Organisationsform unter dem Gesichtswinkel des Industrieverbandsproblems ihren früheren mehr doktrinären Charakter verloren haben, dürfte die Aussprache über dieses Problem auch in Frankfurt voraussichtlich zu einer Erörterung oder Formulierung von Richtlinien für eine zweckmäßigere territoriale Gliederung unserer Organisation führen. Ob dabei auch schon die Einbeziehung uns nahe-

stehender Berufsverbände in Betracht kommen kann, liegt nicht allein im Entscheidungsrecht unsres Verbandes. Wahrscheinlich wird darüber erst der nächste Verbandstag zu beschließen haben. Die Anträge auf Abänderung der Satzungen gliedern sich folgendermaßen: Zweck des Verbandes, Mitgliedschaft, Zulassung von Leistung und von Invalidentassenbeiträgen nach einem Berufswechsel, Austritt und Ausschluß, Erlöschen der Mitgliedschaft, Unterstützungen, Verbandstag, Verbandsvorstand, Gauvorsteherkonferenz, die Gauen und ihre Einteilung, Rassen- und Rechnungswesen, Allgemeine Bestimmungen, zu den Beschlüssen der Gauvorsteherkonferenz vom Dezember 1928 (Unterstützungseinrichtungen betr.), Kunstferteilung, Gemahregelten- und Streikunterstützung, Anzugskosten, Krankenunterstützung, Begräbnisgeld, Invalidentenunterstützung, Beitragsleistung, Anrechnung von Kriegsdienstleistung als Beitragsleistung, Anrechnung außerberuflicher Beiträge, Aufhebung des Invalidentenvorbehalts für Kriegsbeschädigte, Witwenunterstützung und Zuschußfassen-einrichtungen. Neben einer umfangreichen Vorlage des Verbandsvorstandes harren hier 178 Anträge ihrer Erledigung. Möge es dem Verbandstag gelingen, unter sachlicher Berücksichtigung der materiellen Leistungsfähigkeit und Bereitwilligkeit der Kollegenschaft in der Beitragsfrage, den Bedrängten und besonders Bedürftigen unter uns so weit wie möglich entgegenzukommen, ohne daß dadurch die nicht minder wichtigen ideellen Aufgaben unsres Verbandes ins Gedränge kommen!

Der dritte Punkt der Tagesordnung, die Sparten betreffend, umfaßt nur fünf Anträge. Die ersten zwei, die die Anerkennung der Handsetzsparte fordern, werden sachlich wohl keine Gegner finden, während die andern drei, die sich mehr oder weniger gegen die Sparten wenden, im Interesse des gesamten Verbandes und aller Sparten hoffentlich zu einer befriedigenden Klärung führen werden.

Zum vierten Punkt, „Lehrlingsabteilung und Lehrlingsordnung“, liegen 21 Anträge vor, die wahrscheinlich durch die dem Verbandstag vorausgegangene Konferenz der Gaulehrlingsleiter schon so weit zusammengefaßt worden sind, daß unser Verbandsparlament seine Entscheidung leichter und zweckdienlicher fassen kann, als dies ohne eine solche Vorarbeit der Sachverständigen auf diesem Gebiete möglich wäre.

Zum fünften Punkt, „Korrespondent“, liegen nur drei Anträge vor. Der erste (207) wünscht schnellere Veröffentlichung der Versammlungsberichte, was, wenn sie kürzer und ballastfreier werden, auch unsern Wünschen entspräche. Der zweite (208) wünscht keine einseitige parteipolitische Haltung der Redaktion, was wir ebenfalls für richtig halten. Gegenständliches Verhalten der Redaktion in dieser Frage müßte erst bewiesen werden. Der dritte Antrag (209) betrifft die Abzahlungsinsinere, an denen auch wir zwar keine Freude haben, uns aber ohne Auftrag des Verbandstages zu einer noch stärkeren Ausschaltung, als dies bisher schon geschehen ist, nicht berechtigt fühlen.

Zum sechsten Punkt, „Die Lage auf dem Tarif- und Lohngebiet“, sind rund 100 Anträge gestellt, dazu werden wahrscheinlich noch weitere Anträge der Spartenkonferenzen kommen. In geschlossener Sitzung wird der Verbandstag damit sicher nach besten Kräften fertig zu werden versuchen und jedenfalls unsern Tarifunterhändlern nicht nur Vertrauen, sondern auch sehr ernste Aufgaben auf ihren steinigem Weg mitgeben.

Bei den weiteren 9 Tagesordnungspunkten sind insgesamt 60 Anträge zu erledigen. Sie beziehen sich auf unsere nationalen und internationalen Beziehungen zu andern graphischen und gewerkschaftlichen Organisationen, auf die allgemeine Sozial- und Wirtschaftspolitik, Bildungsaufgaben, weitere Anträge und Beschlüsse, Gehaltsregelung für die Verbandsangestellten usw., Wahl des Hauptvorstandes und Bestimmung des Ortes für den nächsten Verbandstag.

Wir sind der festen Überzeugung, daß alle Delegierten zum Verbandstag mit erster Entschlossenheit gewillt sind, ihre ganze Kraft für eine allgemein befriedigende Lösung der ihnen anvertrauten Aufgaben einzusetzen. Es wird eine sehr anstrengende Arbeit sein, die nur durch pflichtbewusste und kollegiale Hingabe erleichtert werden kann. Mit der Hoffnung, daß es unserm Parlament in Frankfurt gelingen wird, durch seine Verhandlungen und Beschlüsse die ganze Kollegenschaft mit noch stärkerem gegenseitigen Vertrauen zu befehlen, damit ein jeder in gleichberechtigter sozialer und geistiger Verbundenheit mit dem Verband der Deutschen Buchdrucker ein Gefühl gewerkschaftlicher und kollegialer Sicherheit für sich und die Seinen hat, auf das wir alle stolz sein können, rufen wir allen Delegierten und Gästen ein herzlich willkommen zu!



### Aus der Geschichte der Frankfurter Buchdrucker

Zum ersten Male seit 58 Jahren tritt in Frankfurt a. M. wiederum das Parlament des Verbandes der Deutschen Buchdrucker zusammen, um in erster Arbeit den Kurs zu bestimmen, nach dem das Organisationsgeschäft in den nächsten drei Jahren gesteuert werden soll. Die Frankfurter Buchdruckergehilfen heißen die Delegierten aus allen deutschen Gauen, die Vertreter der internationalen Brudervereine und alle übrigen Gäste herzlich willkommen und geben dabei der Hoffnung Ausdruck, daß der an historischer Stätte zusammentretende 14. Verbandstag die ihm gestellten Aufgaben zum Wohle des Ganzen lösen und dadurch zu einem neuen Markstein in der Geschichte unsrer stolzen Organisation werden möge.

Daß von Frankfurt a. M. mit Zug und Recht als von einer historischen Stätte für die Buchdruckergehilfen gesprochen werden kann, mögen die nachfolgenden Ausführungen bestätigen.

Als der erste nachweisbare Vorläufer des Zusammenschlusses der Frankfurter Buchdruckergehilfen ist wohl die am 31. März 1834 erfolgte Gründung der „Allgemeinen Kranken- und Invalidenkasse der Buchdrucker“ anzusprechen, der nach den Satzungen nur in Frankfurt a. M. l o n d i o n i e r e n d e Buchdrucker, also Gehilfen, angehören konnten. Zu ihren Gründern zählten unter andern Georg Lorenz Böw, der spätere Präsident der Ersten National-Buchdruckerversammlung, und die beiden Delegierten zu der gleichen Tagung L. F. Herrmann und Theodor Wenz. Bei der Gründung traten 120 Kollegen der Kasse als Mitglieder bei, zwei Jahre später zählte sie 286 Mitglieder, um bis zu der im Jahre 1907 erfolgten Auflösung insgesamt 2757 Mitglieder geführt zu haben.

Auf das Bestehen dieser Kasse ist es daher wohl nicht zulezt zurückzuführen, daß der Heidelberger „Zuruf an alle Buchdruckergehilfen Deutschlands“ vom 16. April 1848 in Frankfurt einen so günstigen Boden fand. Nicht nur, daß sofort in einer allgemeinen Versammlung die Wahl eines provisorischen Ausschusses und der Vertreter zur ersten gemeinsamen Buchdruckerversammlung am 23. April in Heidelberg erfolgte, die Aktivität der Frankfurter Kollegen fand auch dadurch Bestätigung, daß ihnen die weiteren Vorbereitungen für die einzuberufende National-Buchdruckerversammlung übertragen wurden. Auf Einladung des Präsidenten der Heidelberger Tagung, des Kollegen G. L. Böw, fand bereits am 1. Mai die erste Sitzung des Komitees statt, das sich aus den Kollegen Böw, Wolffhardt, Diebel, Gerhards, Weber, Hub, Pohl und Berg zusammensetzte und in der Folgezeit jeden zweiten Tag zusammentrat. In dieser Sitzung wurde der Wochenbeitrag für den neugegründeten „Buchdruckerverein Typographia zur Hebung des Buchdruckerstandes in geistiger sowohl als in materieller Beziehung“ auf drei Kreuzer festgesetzt, während in der zweiten Sitzung die Einberufung der Ersten National-Buchdruckerversammlung auf den 11. Juni (Pfinztag) nach Mainz beschlossen wurde. Daß auch die gültenden politischen Verhältnisse der damaligen Zeit gleich in Rechnung gestellt wurden, geht aus einem weiteren, in derselben Sitzung gefaßten Beschlusse hervor, wonach die Nationalversammlung in Frankfurt a. M. stattfinden sollte, wenn politische Ereignisse den Zusammentritt der Tagung in Mainz unmöglich machen würden.

Dem Buchdruckerverein schlossen sich gleich nach seiner Gründung 213 Kollegen an. Dieß schon allein diese Zahl auf ein recht lebhaftes Interesse schließen, so fand dieses noch seine Bestätigung durch die äußerst große Zahl der abgehaltenen Versammlungen und das in ihnen pulsierende Vereinsleben. In der Zeit vom 9. Mai bis 15. September des Jahres 1848 wurden nicht weniger als elf General- und zwei Vereinsversammlungen abgehalten, die nach den noch vorhandenen Protokollen alle einen sehr guten Besuch aufzuweisen hatten. Den wesentlichsten Beratungsstoff bildete die Ausarbeitung eines Tarifs, der bis zehnjähriger Arbeitszeit ein Gehilfengeld von mindestens 8 Gulden vor sah, Berechnung für Setzer und Drucker festlegte und die Abschaffung der Sonntagsarbeit verlangte. Ferner enthielt der Entwurf Bestimmungen über Lehrlingswesen einschließlich Lehrlingskasseler, Einsetzung eines Schiedsgerichts und Schaffung einer Invalidenkasse, zu der die Prinzipale je nach der Größe des Geschäftes Beiträge zahlen sollten.

Von besonderem Interesse ist der Verlauf der Generalversammlung vom 5. Juli 1848, in der die Gehilfen die Antwort der Prinzipale auf ihre Forderungen, das „Promemoria“, entgegennahmen. Es wurde beschlossen, sich „einstimmig und mit aller Entschlossenheit des Rechtsbewußtseins den engherzigen Gewährungen der Prinzipalität entgegenzustellen“. In dieser Versammlung erschied auch eine Deputation der Lehrlinge, die eine mit 42 Unterschriften versehene Erklärung überreichte, in der die Abereinrichtung der Lehrlinge mit den Beschülfen der Gehilfen im voraus zum Ausdruck gebracht wurde. Die Versammlung vom 19. Juli beschloß mit 94 gegen 40 Stimmen, das „Komitee zu beauftragen, den Prinzipalen zu erklären, daß sie sich bis zum nächsten Samstag über Annahme der Mainzer Beschlüsse zu bestimmen resp. unsre Forderungen zu bewilligen hätten, im andern Fall sämtliche Vereinsmitglieder die Arbeit am Samstagabend einstellen würden“. Zur Arbeitseinstellung kam es jedoch nicht, vielmehr trat nach erneuten Verhandlungen das „Promemoria“ am 22. Juli in Kraft.

Es würde im Rahmen dieses Artikels zu weit führen, auf die Verhältnisse und Vorgänge des Jahres 1848 noch näher einzugehen. Es sei daher lediglich noch die Frankfurter Tagung vom 27. und 28. August erwähnt, die die Gründung des Allgemeinen Buchdruckervereins und die Reduzierung der Mainzer Beschlüsse brachte. Erwähnt sei ferner noch, daß die einsehende politische Reaktion und die Niedrigschlagenheit der Gehilfen das Vereinsleben sehr stark beeinträchtigten und schließlich zum völligen Erliegen brachten. So war es denn nicht zu verwundern, daß die Prinzipale unterm 6. Mai 1850 den Gehilfen mitteilten, das „Promemoria“ vom 9. Juni 1848 sei für sie nicht mehr gültig, da die seinerzeit daran geknüpften Voraussetzungen bezüglich der allgemeinen Annahme durch alle Prinzipale im Umkreis von 20 Stunden nicht eingetroffen wären.

### Zum Johannisfest

Ein Sonnenstrahl durch finstre Wolken bricht und ward Bedrängten Schirm und Hort, er pflanzt sich fort von Ort zu Ort, er bricht sich Bahn und fruchtet bald, gequälter Menschen Jubel schallt: Befreit sind wir vom Joch, und unser Licht!

Ein Gutenberg mit nimmermüder Kraft ließ seines Vesteßes reiche Gabe sprossen. Schaffst eifrig, stetig, unverdrossen am Werk, das reichen Segen birgt. Zum Nutzen alles strebt und wirkt, Zum Vesteßekampf die Waffe schafft.

Seht, unsern Kreis! Welch fester, starrer Port, wir schreiben Recht uns aufs Papier, und ist nur Wissen höchste Zier, Gutes schaffen, das Beste wollen selbst wenn Stürme uns umgrollen. Nie sei der Weg zu schwer, wir schreiten fort!

Fest, ohne Kasten auf dem steilen Stege, des Lebens Kampf treibt uns hinan, ob alt, ob jung, steh'n Mann für Mann. Als Schaffende sei uns gewährt das Brot — die Erde alle nährt, Dein Werk, du Gutenberg, weist uns die Wege. A. Breplog (Berlin).

Außerdem wurden die Gehilfen noch ermahnt, von ihrem organisatorischen Zusammenhange Abstand zu nehmen, denn „kein Prinzipal wird sich das unerläßliche Recht, Herr im eignen Hause zu sein, nehmen lassen, und kann, ohne sich selbst ein testimonium paupertatis damit auszustellen, in keinerlei Mitwirkung der Gehilfen bei Fragen willigen, deren Entscheidung der Natur der Sache nach allein von seinen Verhältnissen und seiner Konvention abzuhängen habe“.

Mit der Aufhebung des damaligen „Gutenbergbundes“ in Preußen im Juni 1850 verlor auch das Vereinsleben der Buchdrucker in der Freien Stadt Frankfurt immer mehr; Beiträge wurden noch bis zum Oktober 1852 gezahlt, und von diesem Zeitpunkt ab hört auch jede Protokollierung der Versammlungen auf. Die mit Eifer und großer Begeisterung eingeleitete Bewegung des Jahres 1848 zur organisatorischen Zusammenfassung der Buchdruckergehilfen kehrte zu ihrem Ausgangspunkt zurück und erschöpfte sich nur noch in der Mitgliedschaft zur Kranken- und Invalidenkasse.

Erst im Jahre 1863 trieben Not und Teuerung die Gehilfenhaft erneut zum Zusammenhange, und wiederum wurde Frankfurt zur Geburtsstätte eines Vorläufers unsres heutigen Verbandes: nämlich des Johannistages beschloßen 33 Vertreter aus 13 Druckereien die Gründung des „Mitte Rheinischen Buchdruckerverbandes“. Der hierzu gehörige Frankfurter Verein „Gutenberg“ konstituierte sich am 13. August mit 150 Mitgliedern und trat bereits im Dezember mit einem von allen Gehilfen unterzeichneten Zirkular an die Prinzipale wegen Lohnherabsetzung heran, da sie sich „seit 15 Jahren trotz der enorm gestiegenen Preise der allernotwendigsten Lebensbedürfnisse und der bis zur Verdopplung erhöhten Mietpreise nicht der geringsten Verbesserung erfreuen durften“.

Im übrigen ließ das Vereinsleben ziemlich zu wünschen übrig, zeitweise lag es völlig daneben, und selbst der Vorstand kam nicht zusammen. Auf diesen Umstand dürfte es daher auch zum Teil zurückzuführen sein, daß trotz der Teilnahme eines Frankfurter Vertreters (H. A. Wahnmuth) an

der Gründungstagung unsres Verbandes, dem Ersten Deutschen Buchdruckerkongress vom 20. bis 22. Mai 1866 in Leipzig, der Anschluß des Frankfurter Vereins an den Verband erst in der Generalversammlung vom 30. März 1867 erfolgte. In dieser Versammlung wurde der Beitrag wiederum auf drei Kreuzer festgesetzt und beschlossen, daß der Verbandsbeitrag für das zweite Halbjahr 1866 aus der Ortstafel gezahlt werden, der Anschluß also rückwirkend sein sollte. In der Folgezeit wurde wiederholt versucht, durch Verbeizirkulare an die dem Verband noch fernstehenden Kollegen heranzukommen, allerdings nur mit geringem Erfolg, denn die Mitgliederzahl klagte in den Jahren bis zu 1870 nicht wesentlich über 200. Zeitweise wurde das Interesse der Mitglieder etwas belebt durch die Versuche auf Durchführung der Beschlüsse des Zweiten deutschen Buchdruckerkongresses, die Abschaffung der Sonntagsarbeit betreffend. Auch die Aufforderung des Hauptvorstandes zur Bildung von Gauerbänden und die damit verbundene Schaffung von Gausatzungen gab reichlichen Beratungsstoff. In der Versammlung vom 18. Dezember 1868 wurde die Gründung des „Gauerverbandes Frankfurt“ beschlossen, der mit dem 1. Januar 1869 in Wirksamkeit trat und zu dessen Vorsteher Kollege Wilhelm Schmidt gewählt wurde. Dem Gauerverband gehörten die Druckerei Frankfurt, Friedberg, Homburg v. d. H. und Wilsbel an.

Vom 9. bis 12. September 1871 beherbergte Frankfurt mit dem Dritten deutschen Buchdruckerkongress die erste und bis zum heutigen Tage letzte zentrale Tagung unsres Verbandes in seinen Mauern. Dem Frankfurter Delegierten Wilhelm Schmidt wurden pro Tag 3 Thaler Diäten aus der Gauskasse bewilligt und ihm von der Mehrheit mit auf den Weg gegeben, gegen die gänzliche Aufhebung der Sonntagsarbeit zu stimmen. Als Vertreter an den Beratungen des Leipziger Normaltarifs, dessen Entwurf vorher mit einigen Änderungen angenommen war, nahm der am 26. März 1873 neugewählte Gauvorsteher Hermann Schrader teil. Zur Kündigung bzw. Ausperrung kam es bei dieser Tarifbewegung zwar nicht, wohl aber zu vereinzelten Maßnahmen von Gehilfen, wie auch einige Druckereien wegen Nichtanerkennung des Tarifs der Sperre verfielen. Aus dem Jahre 1874 sind zwei Beschlüsse von Interesse, nach denen erstmals ein Vertrauensmännerkörper errichtet wurde und vor Konditionsannahme in Frankfurt Erkundigungen beim Gauvorsteher einzuziehen seien. Außerdem sei noch der allerdings vergebliche Versuch im gleichen Jahre erwähnt, einen Wahlsinnenmeisterklub ins Leben zu rufen.

Aus den ersten Anfängen des Sozialistengesetzes ist zu berichten, daß vom 5. September 1878 bis zum 14. September 1879 keine offiziellen Versammlungen stattfanden; auf die sonstigen Maßnahmen zwecks Aufrechterhaltung der Vereinstätigkeit und zur Sicherung des Vermögens u. dgl. näher einzugehen, würde allerdings zu weit führen. Das Jahr 1880 brachte die Verschmelzung der beiden Gawe Frankfurt und Hessen zum Gau Frankfurt-Hessen in der noch jetzt bestehenden Form und Ausdehnung. Aus dem gleichen Jahre wäre noch ein Protest der Frankfurter Gehilfen gegen den Handelskammerbericht für 1879 zu erwähnen, nach dem „die im Vergleich zu Italien und England noch immer zu hohen Arbeitslöhne der hiesigen Buchdruckergehilfen es unmöglich machen, für ausländische Verleger zu arbeiten, und daß infolgedessen nicht selten englische und italienische Drucker für deutsche Verleger arbeiten“ (Die in den Tarifverhandlungen der letzten Jahre erhobenen Klagen der Prinzipale in der gleichen Richtung können also den Anspruch auf Neuschicht nicht erheben.)

Der große Meunfundenkampf im Jahre 1891/92 fand die Frankfurter Gehilfen in ziemlich geschlossener Kampffront: 313 Gehilfen legten die Arbeit nieder, nachdem sie am 24. Oktober 1891 ihre Kündigung eingereicht hatten. Trotdem war es den Zeitungen möglich, ohne wesentliche Störung weiter zu erscheinen. Und als am 17. Februar 1892 die Bewegung zu Ende ging, waren es nur wenige Kollegen, die gleich wieder eingestellt wurden, der übergroße Teil blieb noch wochenlang arbeitslos, während die örtlichen Führer entweder abreisten oder vom Beruf abgehen mußten. In den ersten Jahren nach dem Kampfe sah es in tariflicher Hinsicht recht düster aus, auch ließen die organisatorischen Verhältnisse recht viel zu wünschen übrig. Das Jahr 1896 brachte jedoch wieder eine Wendung zum Bessern, der Kampf für oder gegen die Tarifgemeinschaft hielt die Gemüter in Spannung und brachte überfüllte Versammlungen, in denen sich die Mehrheit für den Tarifgemeinschaftsgedanken entschied. Die Opposition führte zwar eine scharfe Klinge, doch waren Wipplittierungen vom Verband nur sehr vereinzelt zu verzeichnen. Im Jahre 1897 arbeiteten rund 400 Frankfurter Gehilfen in 42 Druckereien zu tariflichen Bedingungen bei einem Gesamtmitgliederbestand von 484, darunter rund 60 Schriftgießer.

Am die Jahrhundertwende setzte ein ständiges Anwachsen der Mitgliederzahl ein, die Ende 1908 rund 1500 betrug. Damit war der Zeitpunkt gekommen, wo die ehrenamtliche Erledigung der organisatorischen Aufgaben nicht mehr möglich war, obwohl die Kassengeschäfte des Bezirks bereits von dem seit 1904 angestellten Gauverwalter C. Neus erledigt wurden. Es mußte zur Wahl eines angestellten Bezirksvorstehers geschritten werden, die auf den damaligen Vorsteher des Gauces Nordwest, den Kollegen S. Bachhaus, fiel. Ihm folgte im Jahre 1913 Kollege W. Nepeck, der 1919 zum Gehilfenvertreter und 1920 zum Gauvorsteher gewählt wurde. Das nach dem Krieg be-



deutend erweiterte Aufgabengebiet der Gewerkschaften zwang 1920 den Bezirk Frankfurt zur Anstellung eines zweiten Vorstehenden, wobei Kollege F. Kessler aus der Wahl hervorging. Nachfolger des im Jahre 1926 verstorbenen Kollegen Reus als Bezirks- und Gauassessor wurde Kollege W. Hilsbecher. Außer den beiden obengenannten Angestellten hat der Frankfurter Verein seit 1886 14 ehrenamtliche Vorstände gehabt: C. Wajezbach, W. Schmidt, S. Schrader, P. Kern, E. Birmer, G. Steinberger, S. Finkbeiner, C. Grünwald, L. Höber, L. Dorschu, P. Gutschardt, L. Kumberg, K. Knorr und S. Braun. — Der augenblickliche Mitgliederbestand beträgt rund 2100, denen etwa 40 Guttenbergbündler und 60 Nichtorganisierte gegenüberstehen.

Die Nachkriegs- und Inflationsjahre bildeten wie für die Gesamtorganisation so auch für den Bezirk Frankfurt eine außerordentlich starke Belastungsprobe. Bitterste Not und elende Bezahlung trieben die Kollegenchaft wiederholt zu Maßnahmen, die ohne weiteres begrifflich, vom organisatorischen Standpunkt aus jedoch nicht gutzuheißen waren. Im Jahre 1919 kam es erstmals zu einer zweitägigen Arbeitsruhe, die mit der Gewährung einer außerordentlichen Zulage ihren Abschluß fand. Ein Jahr später trat die Frankfurter Kollegenchaft geschlossen in den Generalstreik zur Abwehr des Kapp-Putschs und im Jahre 1922 folgte ein zweiwöchiger Streik, der ebenfalls die Erreichung einer Sonderzulage zum Ziel hatte und mit einem Teilerfolg endete. Das Jahr 1925 brachte jedoch noch den Eismachtkampf der Schriftgießer infolge gescheiterter Lohnverhandlungen, der eine Erhöhung des Spitzenlohnes um 4,32 M. brachte. Das erfreulichste Moment bei allen diesen Arbeitskämpfen war die vorbildliche Geschlossenheit der gesamten Kollegenchaft, die selbst bei der letzten großen Bewegung mit ganz vereinzelt Ausnahmen bis zum letzten Streiktag anhält. Und so soll es auch fernerhin sein! Alle Versuche, die Organisation zu schädigen, mögen sie kommen, woher sie wollen, werden zerschellen an dem einmütigen Willen zur Einheit und Geschlossenheit der Frankfurter Kollegenchaft!

Frankfurt a. M.

W. Kessler.

### Aus der Frankfurter Gewerkschaftsbewegung

Die Anfänge der Gewerkschaftsbewegung in Frankfurt a. M. gehen bis in die Frühzeit der Gründung der deutschen Gewerkschaften zurück und waren recht bescheidener Natur, da nur einige Berufe durch Errichtung von Zahlstellen Fuß fassen konnten. Erst die Errichtung eines Gewerkschaftsartikels im Jahre 1892 ist der Ausgangspunkt für die Gründung einer ganzen Reihe Gewerkschaften in den darauffolgenden Jahren. Die Notwendigkeit und der Drang zur Schaffung wirtschaftlicher Organisationen der Arbeiterklasse war so groß, als daß man sich durch die reaktionären Nachwehen der sozialistengefährlichen Zeit hätte abschrecken lassen. Bei Gründung des Gewerkschaftsartikels hatten nur sechs Verbände mehr als 100 Mitglieder, darunter die Buchdrucker mit 229, die größte Mitgliederzahl überhaupt.

In den ersten sechs Jahren des Bestehens war die Tätigkeit des Gewerkschaftsartikels in der Hauptsache der Agitation unter den Inorganisierten gewidmet, um für alle Berufe, Zahlstellen der Zentralverbände, oder, wo solche noch nicht bestanden, zunächst fachliche Lokalgruppen ins Leben zu rufen. Aber auch bei den so überaus zahlreichen kleinen oder größeren Streiks mußte die Leitung des Gewerkschaftsartikels eingreifen, entweder bei der Durchführung der Lohnbewegungen behilflich sein oder bei Streiks mit den Unternehmern über deren Beilegung verhandeln. Trotz der ehrenamtlich geleisteten intensiven Tätigkeit stieg die Mitgliederzahl von 2146 in 25 Gewerkschaften im Jahre 1892 auf 9509 Mitglieder in 45 Gewerkschaften im Jahre 1898.

Dann beginnt eine Zeit der Gründung neuer Institutionen durch das Gewerkschaftsartikell oder unter dessen Mitwirkung. Einige Gewerkschaften mußten bereits zur Anstellung von besoldeten Angestellten schreiten. Zögernd und mit aller Vorsicht taten sie das, nicht ohne die üblichen heftigen inneren Kämpfe, die jede Neuerung auszulösen pflegt. Auch im Kartell waren beizeiten Neuerer an der Arbeit, und bereits 1895 beschloßen die Kartelldelegierten am 20. Mai nach einem Vortrag des Genossen Dr. Max Quard, ein Arbeitersekretariat zu gründen, wie es die Mühlberger Gewerkschaften im selben Jahre errichtet hatten. Eine öffentliche Versammlung, in der der Mühlberger Arbeitersekretär Segly über die dort gemachten Erfahrungen eingehend sprach, sollte die letzten Bedenken beseitigen. Die Kartellversammlung am 15. November 1895 beschloß die endgültige Errichtung; aber erst am 1. Januar 1899 erfolgte in der „Konkordie“ im Großen Hirschgraben die Gründung des Arbeitersekretariats mit einer eindrucksvollen Kundgebung durch Dr. Quard. Die Vorarbeiten dauerten also über drei Jahre, weit auch Hemmnissen zu überwinden waren, genau wie an anderen Orten; vor allem galt es auch, finanzielle Grundlagen zu sichern. Die ersten Räume des Arbeitersekretariats befanden sich in der Schnurgasse 45, 1 Treppe. Die Beschaffung hatte auch erhebliche Schwierigkeiten gemacht, da die Hausbesitzer nicht geneigt waren, ein derartiges Institut in ihren Häusern aufzunehmen. Die Entwicklung, die das Arbeitersekretariat sofort nahm, gab allen denen recht, die schon seit Jahren

für dessen Einrichtung eingetreten waren. Die Zahl der Auskünfte betrug im ersten Jahre bereits 16 000 und stieg dann laufend von Jahr zu Jahr, so daß sie im achten Jahre bereits die doppelte Ziffer überschritten hatten und man ernstlich an die Anstellung eines dritten Sekretärs dachte, die aber erst im Jahre 1910 verwirklicht werden konnte. Dann folgten die entseßlichen Kriegsjahre, die Nachkriegszeit mit ihren Folgen und die eingetretene Geldentwertung, die bekanntlich im Oktober 1923 ihren Höhepunkt erreichte, sie stellte das Gewerkschaftsartikell vor die Notwendigkeit, das Arbeitersekretariat Anfang Oktober wegen Mangels an Mitteln vollständig zu schließen und die noch vorhandenen zwei Sekretäre vorübergehend zu entlassen. In diese Zeit der vollständigen Auflösung fiel dann der 1. Januar 1924, an dem das Sekretariat 25 Jahre bestanden hat. Es ist schon richtig, daß sich die wenigen Tausend Gewerkschaftsmitglieder bei der mit so vielen Hoffnungen



„Volkshochschule“ in Frankfurt a. M.  
Tagungslokal des Verbandstages

erfolgten Gründung des Sekretariats nicht haben träumen lassen, daß eine Zeit kommen würde, in der hunderttausend organisierte Gewerkschaftsmitglieder nicht mehr in der Lage waren, so viel Geld aufzubringen, um ein solches gemeinnütziges Institut aufrechtzuerhalten. Nachdem die schlimmste Zeit vorüber war, konnte Anfang März 1924 an die Wiedereröffnung des Sekretariats gedacht werden, zunächst jedoch in einem viel beschränkteren Umfang als früher, seit drei Jahren sind wieder zwei Sekretäre tätig. Die vielfach geänderten Bestimmungen der Sozialversicherung und die neuen sozialpolitischen Gesetze bedingen eine stärkere Finanzspruchnahme des Sekretariats, das im Jahre 1928 bereits wieder über 10 000 Auskünfte erteilte.

Das Gewerkschaftsartikell hat bald nach seiner Gründung der Regelung des Herbergswesens für die reisenden Gewerkschaftsmitglieder seine Aufmerksamkeit zugewandt. Eine durchgreifende Änderung auf diesem Gebiet war aber nur durch Errichtung einer in eigener Verwaltung des Kartells befindlichen Herberge möglich. Die Bildung einer G. m. b. H. „Arbeiterherberge“ durch zehn Genossen erfolgte, die am 2. Oktober 1897 in dem gemieteten früheren Hotel „Erlanger Hof“ in der Alten Bornstraße eine eigene Herberge mit 60 Betten zu Übernachtungspreisen von 30 Pf., 50 Pf. und 1 M. errichtete. Es wurde emsig weitergearbeitet, um ein eigenes Haus bauen zu können, so daß am 22. September 1900 die Grundsteinlegung und am 17. August 1901 die Gründung des Gewerkschaftshauses am Schwimmbad 8 erfolgen konnte. Damit wurde ein würdiger Abschluß einer fast zehnjährigen Tätigkeit des Gewerkschaftsartikells erreicht. Die sich häufenden Arbeiten und Aufgaben machten am 1. Januar 1899 die Anstellung eines Sekretärs für das Kartell notwendig. Der erste Sekretär, der Kollege Leonhard Dorschu, ein früherer Buchdrucker, war 25 Jahre für die Stärkung der Gewerkschaften tätig.

Das Gewerkschaftshaus hat die wachsende Bewegung nicht mehr fassen können, die Einrichtung eigener Büros wurde notwendig, es mußten bald für diese die Nachbarhäuser zugekauft werden. Auch diese Ausdehnung genigte nicht für alle Zeiten, und viele Verbände mußten außerhalb des Hauses Unternehmungen suchen. Im Oktober 1928 beschloßen deshalb die Gewerkschaften, ein neues Haus zu bauen. Die aufzubringenden Mittel durch Sonderbeiträge wurden bewilligt, und ein 8500 qm großes Grundstück gekauft, auf dem im nächsten Jahr ein neues Haus errichtet wird.

Die Erkenntnis, daß die organisierten Arbeiter einer intensiven Bildung bedürfen, führte 1906 dazu, die Zentralarbeiterbibliothek einzurichten, deren Grundstück die Bücherbestände der einzelnen Gewerkschaften bildete. Über 20 Jahre haben die Frankfurter Gewerkschaften nun eine zentralisierte Bibliothek, die zurzeit etwa

20 000 Bände aufweist und von einem angestellten Bibliothekar verwaltet wird.

Die Gründung des Arbeiterbildungsausschusses, die gemeinsam mit der Partei durchgeführt wurden, fällt ebenfalls in diese Zeit, und von ihm wurde bis zum Ausbruch des Krieges in Einzelvorträgen und Kursen eine außerordentlich wertvolle Bildungsarbeit verrichtet.

Der Jugendbewegung wurde bereits vor 20 Jahren erhöhte Aufmerksamkeit gewidmet und aus der Bewegung der Frankfurter Arbeiterjugend — wie überhaupt aus der Frankfurter Gewerkschaftsbewegung — sind im Laufe der Zeit eine Reihe wertvoller und tüchtiger Kräfte hervorgegangen, die heute an verschiedenen Stellen in der deutschen Arbeiterbewegung aktiv tätig sind. Die Gewerkschaften haben in der Nachkriegszeit alle Jugendgruppen gebildet, die sich vor sieben Jahren zu einem Jugendkartell der freien Gewerkschaften zusammenschlossen, das sich in aufklärender Arbeit bemüht, den gewerkschaftlichen Nachwuchs für die Arbeiterbewegung zu erziehen. Es vereinigt zurzeit 3800 gewerkschaftlich organisierte Jugendliche.

Die durch die Zeit bei der fortschreitenden Entwicklung der Wirtschaft immer brennender werdenden sozialen Fragen wurden in Frankfurt a. M. besonders scharf beachtet und von der gewerkschaftlichen und politischen Arbeiterbewegung sehr stark gefördert. Bereits 1896 stellte das Kartell nach einem Vortrag von Dr. Max Quard weitgehende Forderungen auf ein stärkeres Tempo in der Sozialpolitik, größeren Arbeiterschutz durch eine Erweiterung der Gewerkschaftsinspektionen. 1908 fand hier die erste Seimarbeiterausstellung statt, die unter Mithilfe sozialdenkender Kreise des Bürgertums durchgeführt wurde. Vor etwa drei Jahrzehnten wurde auch in Frankfurt am Main einer der ersten kommunalen Arbeitsnachweise errichtet, und das unermüdliche Drängen der Gewerkschaften und der Arbeitervertreter im Stadtparlament auf Einführung kommunaler Arbeitslosenunterstützung führte im Jahre 1913 zu dem Ergebnis, daß Frankfurt am Main neben Straßburg und Offenbach diese Unterstützung einführt und die Gewerkschaften bei der Ausgestaltung praktisch mit heranzog.

Die in der Vorkriegszeit stark gepflegten Gewerkschaftsfeste wurden in ihrer Ausführung derart vervollkommen, daß die Darbietungen häufig eine künstlerische Höhe erreichten, die allgemein beachtet wurden und zu wahren Volksfesten großen Stils mit vielen tausend Teilnehmern wurden. So wirkten alle Kräfte zusammen, um eine gesunde, ausgedehnte Gewerkschaftsbewegung in Frankfurt a. M. zu sichern. Der Krieg zerriß und gestörte auch hier vieles, was bei normaler Entwicklung reiche Früchte getragen hätte.

Die Nachkriegszeit stellte die Frankfurter Gewerkschaften mitten in die wild sich überschlagenden Geschwinnle, stellte ihre Leistungsfähigkeit in organisatorischer, wirtschaftlicher und sozialer Hinsicht auf eine harte Probe. Die zunehmenden Mitgliederzahlen waren organisatorisch kaum zu erfassen, viel weniger in bezug auf gewerkschaftliche Schulung und Erziehung, und so blieben denn die neuen Mitglieder der Nachkriegszeit den wechselnden Schwankungen im Wirtschaftsleben allzu stark preisgegeben, jeder neuen Parole willig Gehör spendend und infolge dessen in ihren Forderungen und Entschlüssen ständig hin- und hergeworfen. Bei Ausbruch des Krieges betrug die Mitgliederzahl der Gewerkschaften 43 000, sie stieg in den Jahren 1919 bis 1920 auf etwa 118 000 bis 119 000 Mitglieder, die aber dem großen Mänterungsprozeß der Inflation und der darauffolgenden Stabilisierungsperiode nicht standhielten und nach und nach zurückgingen bis auf etwa 45 000 Ende des Jahres 1924. Es ist erfreulich festzustellen, daß in allen Industriezweigen der Tiefstand bereits vor zwei Jahren überschritten war und allgemein eine Stärkung des Mitgliederstandes der Gewerkschaften sich zeigte, und Anfang 1929 mußten wir 75 000 Mitglieder im erweiterten Stadtgebiet in 30 Gewerkschaften.

War in der Krise vor 27 Jahren — 1901 und 1902 — schon allgemeine Bestürzung über den großen Umfang der Arbeitslosen, so daß die Gewerkschaften in Frankfurt am Main (nachdem die Stadtverwaltung es abgelehnt hatte) selbständig eine Arbeitslosenzählung vornahm, bei der 4474 Arbeitslose ermittelt wurden, deren Zahl für damalige Verhältnisse sicher sehr hoch war, so verschwinden sie aber im Vergleich zur gegenwärtigen Situation, wie sie seit fast zwei Jahren auch in Frankfurt a. M. ist, ganz erheblich. Die damalige Arbeitslosenziffer um das Sechsfache erhöht, zeigt den Stand der Erwerbslosigkeit gegenwärtig. Den höchsten Arbeitslosenstand erreichten wir in Groß-Frankfurt seit der vor Jahresfrist erfolgten Eingemeindungen Ende Februar d. J. mit 38 675 Arbeitslosen. Hoffentlich beginnt bald dieser wirtschaftliche Abdruck von der Arbeiterchaft zu weichen, so daß eine Besserung eintritt. Wie stark sich die wirtschaftlichen Verhältnisse gewandelt haben, sei nur mit der Gegenüberstellung einiger Zahlen illustriert. Im Jahre 1925 zahlten die Frankfurter Gewerkschaften noch 600 000 M. an Streikunterstützung, 1926 33 000 und 1927 nur 3014 M., aber 1928 wieder 118 240 M. Dagegen betragen die Summen für Arbeitslosenunterstützung 1925 209 000 M., 1926 597 000 M., 1927 205 960 M. und 1928 436 347 M. Diese wenigen Ziffern zeigen an besten, mit welchen Schwierigkeiten die Gewerkschaften in den letzten vier Jahren zu kämpfen hatten.

Die gewerkschaftlichen Eigenbetriebe sind seit Jahren hier vertreten und haben sich gut entwickelt. 1921

wurde die Bauhilfe, 1924 die Gemeinnützige Wohnungsbauhilfsorganisation, 1925/26 die Filiale der Arbeiterdank errichtet. Die „Bilropa“ hat ihren Ursprung überhaupt in Frankfurt, und seit März ist auch eine Filiale der Lindcar-Fahrradwerke eröffnet. Das alles beweist, daß unverdrossen an der Ausdehnung gewerkschaftlichen Einflusses gearbeitet wird.

Sollten sich die wirtschaftlichen Verhältnisse bald wieder bessern, was wir im Interesse der Arbeiterschaft von Herzen wünschen, so werden die Gewerkschaften auch eine finanzielle Stärkung erfahren, die sich wohlwollend auf die ganze Bewegung auswirken wird.

Nicht unerwähnt soll bleiben, daß vor 30 Jahren, im Mai 1899, der dritte Gewerkschaftskongreß hier tagte, und zwar in Bodenheim. Eine Rolle spielte dort die Frage, ob die damals noch bestehende „Gewerkschaft der Buchdrucker“, die infolge Differenzen wegen der Tarifpolitik gegründet worden war, aufgelassen werden sollte. Die Zulassung erfolgte nicht und die Entwicklung der Tarifrage allgemein in den Gewerkschaften gab den Buchdruckern recht in ihrer Tarifpolitik.

Das ist in großen Zügen ein Bild der emsigen und mühevollen Tätigkeit der Frankfurter Arbeiterschaft, die es verstanden hat im Laufe der Zeiten, die in den Anfängen der Gewerkschaftsbewegung sehr mäßigen Arbeitsbedingungen so zu verbessern, daß heute die Löhne und die Arbeitsverhältnisse in Frankfurt a. M. mit zu den besten in Deutschland gehören. Die Erkenntnis von der Wichtigkeit gewerkschaftlichen Schaffens wird auch in den Kreisen der heute noch indifferenten sich nach und nach mehr durchsetzen und die kommende Zeit für die gewerkschaftliche Arbeit wieder fruchtbarer gestalten.

Frankfurt a. M.

D. Misbach.

### Frankfurt a. M. als Druckstadt

Das Druckgewerbe, entstanden aus dem Verlangen größerer Schichten der Volksgemeinschaft, teilzunehmen an den Auseinandersetzungen über Probleme des geistigen und wirtschaftlichen Lebens ihrer Zeit, blühte naturgemäß an den Stätten größerer Menschenansammlungen zuerst und entwickelte sich dort allmählich zu immer größerer Bedeutung. Ausnahmen bestätigen die Regel und waren fast immer Suanpruchnahme von Asylrechten in abgelegenen Orten, wenn Indulgenzamt, Mühsüßniß oder Nachsichtbewußtsein zu Verfolgung, Ausweisung oder noch schlimmerem Befürchtungen wach werden ließen.

So sehen wir, daß die bedeutendsten Städte der damaligen Zeit, Augsburg, Bamberg, Basel, Köln, Nürnberg, Straßburg usw. früh der neuen Kunst, Bücher zu drucken, Heimatrecht gewährten. Nur Frankfurt a. M., die bedeutende Verkehrs- und Handelsstadt, günstig gelegen an der wichtigen Ost-West-Verbindung, dem Mainfluß, mit ihrem direkten Anschluß an die bedeutendste Nord-Süd-Straße, das Rheintal, machte hiervon eine Ausnahme.

Wohl blühte auch hier das Gewerbe der Briefdrucker und bekam Bedeutung bis weit über die Grenzen der Stadt hinaus. Und der bedeutendste des Standes, Hans von Pedersheim, wirkte um die Zeit des Frühdruckes, in den Jahren 1450 bis 1477. Es ist wohl ausgeschlossen, daß diesen Frankfurter Bürgern, die den Holztafeldruck gewerksmäßig ausübten, die neue Technik, die in dem so nahe liegenden Mainz aufgefunden war, unbekannt geblieben ist, oder, daß nicht mindestens der geschäftstüchtige Hans von Pedersheim ihre Bedeutung erkannt hätte.

Es müssen also außergewöhnliche Umstände gewesen sein, die das Auskommen des Buchdruckers in Frankfurt a. M. auf lange Zeit verhinderten. Denn erst aus 1511 bis 1512 stammen die ersten Frankfurter Bucherdrucke. Und auch sie scheinen im Asylrecht gedruckt zu sein. Ihr Drucker ist Beatus Murner aus Straßburg; auch kein Frankfurter Bürger, trotzdem nachweislich Frankfurter schon in anderen Städten die Druckkunst ausübten. Beatus Murner druckte neun Bücher im Barfüßerkloster zu Frankfurt a. M. Nach Manuscripte seines geistlichen Bruders Thomas Murner, der Lesemeister an dem genannten Kloster war, und ein eigenes Gedicht „Schiffart von diesem elenden Jamertal“.

Wohl wird schon 1495 ein Buchdrucker Wilhelm Rudel erwähnt, der zwei Jahre später aber als Buchführer in den Steuerbüchern bezeichnet wird. Ist ihm die Ausübung seiner Kunst unterlag worden? — Wahrscheinlich sind auch früher schon kleinere Drucke, Kochbücher, Flugblätter usw., in Frankfurt von beweglichen Letzern gedruckt worden. Doch ist nichts davon in unsrer Tage hinterblieben worden, so daß man auf Vermutungen angewiesen ist. Der Druck von Büchern aber durch bürgerliche Drucker ist erst vom Jahre 1530 ab in Frankfurt nachweisbar, trotzdem schon 1482 25 Druckstädte in Deutschland bekannt waren. Wo lagen die Widerstände, die diese merkwürdigen Umstände herbeiführten haben?

Sicherlich in Mainz, der nahen Geburtsstadt der neuen Kunst. Die Fust-Schöffersche Offizin, deren Inhaber die Druckerfamilien auch nach ihrer Flucht aus Mainz im Jahre 1462 durch die zur Geheimhaltung der Kunst verpflichtet waren, sich in dem nahegelegenen Frankfurt ihre Ursprungsrechte mit aller Macht gewahrt zu haben. Peter Schöffler, der nachweislich die Frankfurter-Messen besuchte, konnte hier leicht die Verleher seiner Rechte feststellen. Wo sie ihm durch die Entfernung oder den Schutz mächtiger Kirchenfürsten unerschickbar waren, mußte er sie gewähren lassen. Denn die Kirche war kein Hauptauftraggeber. Er

verlegte in der Hauptsache theologische Schriften der katholischen Kirche.

Hier in Frankfurt aber konnte er gegen die Benutzer seiner Ursprungsrechte persönlich vorgehen. Dafür spricht auch der Umstand, daß er 1479 den Bürgerkrieg in Frankfurt leitete. Auch die Tatsache, daß der Erzbischof von Mainz, der ja dort auch die weltliche Macht ausübte, wiederholt in die Frankfurter Stabgerichtsbarkeit eingegriffen hatte, war Grund genug, sich hier einer Tätigkeit zu enthalten, auf die ein Mainz-Bürger und Schlichter der katholischen Kirche Alleinrechte in Anspruch nahm.

Daß eine größere Macht wie die des Rates der Stadt Frankfurt im Hintergrund stehen mußte, geht auch aus dem Umstand hervor, daß dieser Rat der Stadt die Erteilung des Bürgerrechtes an Christian Egenolff (1538) an die Bedingung knüpfte: „on beschligung eyns erborn ratz nichts zu drucken“, und bei seiner Aufnahme als Bürger nochmals wiederholte: „doch daß er nichts drude, davon gemeyner stat nachteyl entstehe“. Frankfurt beherbergte wohl einige Klöster in seinen Mauern, aber ein mächtiger Kirchenfürst, der sich der neuen Kunst für seine Zwecke bediente und daher seine Hand schützend über die Drucker hielt, war nicht vorhanden. Auch Egenolff versuchte, seine Pressen im Barfüßer Kloster aufzustellen, was ihm aber nicht gelang.

1531 ging die Schöffersche Offizin ein, Humanismus und Protestantismus hatten die Alleinherrschaft der katholischen Kirche gebrochen, und nun konnte auch der Rat der Stadt Frankfurt sich freier bewegen. 1533 gewährte er dem als Anhänger der neuen Lehre bekannten Christian Egenolff ein Darlehen von 400 Gulden zum Ankauf eines Hauses, in dem er seine Druckerei betreiben konnte, und nun geht es schnell aufwärts mit dem Frankfurter Buchdruck, der nun ununterbrochen in der Stadt ausgeübt wird.

1534 brachte Egenolff seine berühmte Bibel mit Holzschnitten von Hans Sebaldus Beham heraus, die Jahrzehnte lang als die beste Bibel begehrt und berühmt war. Christian Egenolff war ein Gelehrtenrunder, wie wir ihn in der Frühdruckzeit überall begegnen. War doch vom Bücher-schreiben und Bücherkorrigieren zum Bücherdrucken nur ein Schritt für die, die ihren literarischen Produkten eine weite Verbreitung wünschten.

Christian Egenolff (1530 bis 1555) hat 420 Bücher gedruckt und verlegt, die durch ihre äußere und sorgfältige Ausführung ihm in der ganzen Welt Ruhm und Verehrung einbrachten. Zugleich mit dem Buchdruck hatte er auch die Schriftgießerei in Frankfurt a. M. eingeführt, die ebenfalls bis auf den heutigen Tag hier ansäßig geblieben ist.

Mit Peter Brubach (1540 bis 1568) erhielt Frankfurt nach der Einführung des Buchdrucks in seinen Mauern den ersten Fremdsprachenrunder, dessen griechische und hebräische Schriften ebenfalls überall als hervorragend bekannt wurden.

Hermann Gilscherich (1543 bis 1554) brachte die bedeutendsten damaligen Volksbücher, wie „Der hölzernerie Siegfried“, „Eulenspiegel“ usw., mit guten Holzschnitten geschnitten, heraus. Sein Stiefsohn, Weigand Han, der 1554 die Druckerei als Erbe übernahm, setzte diese Tätigkeit fort und erstelt die Druckerei auf der Höhe ihres Ruhmes. Viele gut illustrierte Werke dieser bedeutenden Druckerei sind auf uns gekommen und legen damit Zeugnis ab, daß man sie damals zu schätzen und zu bewahren mußte.

Sigmund Feierabend (1559 bis 1590) war nur vorübergehend Drucker. Bald gründete er als erster einen reinen Verlag und ließ seine Werke von den andern Druckern herstellen. 1600 erschien seine Bibel mit Holzschnitten von Feierabend und Virgil Solis, die alles Bisherige übertraf und sich trotz ihrer Bekämpfung durch Hans Lufft, den Lutherschen Bibelrunder, überall durchsetzte und in mehreren Auflagen erschien. Han's Erben besorgten den Druck der Feierabendschen Werke, und nach Virgil Solis Tode war Jost Nunan für den Feierabendschen Verlag als Holzschneider beschäftigt. Andreas Weschel, der 1572 aus Paris ausgewiesen wurde und sich in Frankfurt niederließ, wurde einer der bekanntesten Drucker, dessen Werke sich durch ihre Sorgfalt und Sauberkeit Berühmtheit erwarben. In seinen Folioebänden fanden sich oft nicht mehr als zwei Druckfehler!

Die zweite Hälfte des 16. Jahrhunderts war die Glanzzeit des Frankfurter Buchdrucks, und das Frankfurter Druckerquartier wurde auch im Ausland als Stätte der Muse und der Kunst bezeichnet.

1579 wurde die Kaiserliche Bücherkommission eingesetzt und damit der Grundstein für das allmähliche Zurückgehen des Frankfurter Buch(Bücher)drucks gelegt. Diese Kommission sollte den Druck und Vertrieb protestantischer Schriften verhindern und gab damit den Anlaß für das langsame Umwandern des Buchhandels nach Leipzig, bis 1784 die Buchhändler beschlossen, die Frankfurter Messe nicht mehr zu besuchen.

1590 hielt in Frankfurt eine neue graphische Technik ihren Einzug. Theodor de Bry gab seine Reiseverle über Amerika, Afrika und Asien ausschließlich mit Illustrationen in Kupferdruck heraus. Auch seine übrigen Verlagswerke illustrierte er bald so. Matthias Merian (1623 bis 1650), auf den ein Teil des de Bryschen Verlags überging, erweiterte ihn durch Herausgabe von Topographien und Städteansichten von Deutschland, Frankreich und Italien. Seine Städtebilder haben heute noch Geltung. Auch Merian begegnet uns noch immer in allen geschichtlichen Werken. Daß ein solches Unternehmen während des Dreißigjährigen Krieges erscheinen konnte, ist ein glänzendes

Zeugnis für die Tatkraft und Unternehmungslust Matthias Merians.

Im 17. Jahrhundert hat die Frankfurter Druckgeschichte nicht so viele glanzvolle Namen aufzuweisen. 1654 bis 1700 nochmals brachte Christian Wulf sie zu Ehren. Er erhielt die Erlaubnis zum Druck der Bittensberger Bibel und soll von 1657 bis 1700 deren 100 000 gedruckt haben.

Neben dem eigentlichen Buchdruck lebte in Frankfurt schon früh der Zeitungsdruck ein. 1591 erschienen die Frankfurter Messerelationen, die von Messe zu Messe Berichte über die wichtigsten Ereignisse brachten. 1615 ließ Egenolff Emmel eine Wochenchrift ohne Willen des Rates der Stadt erscheinen, und 1665 wurde durch Wilhelm Serlin das „Frankfurter Journal“ begründet.

1563 bestanden fünf Druckereien, 1572 deren neun und 1598 acht Druckereien in Frankfurt. Die Druckerordnung von 1698 legt fest, daß diese Zahl nicht vermehrt werden dürfe, und diese Bestimmung wurde erst 1808 aufgehoben.

Ist für den Rückgang des Druckereiwesens im 17. Jahrhundert in erster Linie der Dreißigjährige Krieg von ausschlaggebender Bedeutung gewesen, so kann man doch nicht verkennen, daß die trotz des fehlenden Zunftzwanges erfolgte Beschränkung der Betriebszahl und der nach dem Zeitmischtaustand erzwungene Zusammenschluß der Bürger in Gesellschaften (die Gründung der Druckergesellschaft erfolgte 1613) den Druckerherren den Weibbild genommen hat. Vor allem wachte man nun darüber, daß von außen her kein Zugzug stäffinde und nichts gefsche, was den Frankfurter Druckerherren den Verdienst schmälern könne.

Erst im 19. Jahrhundert kam wieder ein frischer Zug ins Druckgewerbe. 1840 waren es 15 Druckereien, 1863 aber 31. Das Aufkommen einer neuen graphischen Technik hat neben der Einführung der Gewerbefreiheit einen großen Anteil an der neuen Blüteperiode. Denn fast alle über Frankfurts Mauern im 19. Jahrhundert bekannt gewordenen Druckereien pflegten auch das neue Druckerfahren, den Steinruck.

Die 1821 gegründete C. Naumannsche Druckerei trug den Ruhm Frankfurts als Druckstadt abermals weit über ihre Mauern hinaus. Der von Anfang an gepflegte Qualitätsdruck, Buch-, Stein- und Kupferdruck, insbesondere Wertpapier- und Banknotenruck, brachten Aufträge aus aller Herren Länder, bis hinaus nach Japan. Aus ihrer Spezialität im Notenruck wurde die Firma richtunggebend für viele staatlichen Notendruckereien, denen sie das wohl ausgebildete Stammpersonal stellte. Heute noch pflegt die Firma den Wertpapier- und Qualitätsdruck in allen Arten.

Auch die Firmen Rauenstein (1830), Osterleth (1831), Dondorf (1833), C. G. May Söhne brachten ihre Drucke in der Welt zur Geltung, so daß das 19. Jahrhundert die zweite Blüteperiode des Frankfurter Druckgewerbes genannt werden kann.

Den Wertdruck pflegten besonders die Brünnersche Druckerei (1727 gegründet), heute F. W. Breidenstein, die Andreassche Druckerei (1666), heute Aug. Weisbrod, und Aug. Osterleth.

Heute aber wird in Frankfurt hauptsächlich der Zeitungs- und Merkantildruck gepflegt. Auch der Zeitchriftenruck steht in Wille. Sind Zeitschriften, Wert- und Abzendenruck mehr von lokaler Bedeutung, so hat sich das Frankfurter Zeitungsweesen eine große Bedeutung für den Süddeutschen des Reiches erworben.

Die „Frankfurter Zeitung“ ist eine führende deutsche Handelszeitung und politische Tageszeitung (demokratisch). 1856 von Leopold Sonnemann als reine Handelszeitung gegründet, wurde sie schon 1859 zur politischen Tageszeitung erweitert. 1910 nahm sie den Notationsstempel auf und hat das Verfahren im eigenen Betrieb über die Anfangsschwierigkeiten zum brauchbaren Zeitungsdruckverfahren entwickelt. Nach dem Kriege hat sie sich einen Buchverlag angeeignet, der besonders Bücher herausbringt, die die im politischen und Handelskreis der Zeitung behandelten Komplexe in erweiterter Form behandeln. Damit hat sie einen wegweisenden Schritt in der Frage zur Weiterentwicklung des Zeitungsweesens getan, das ja heute über die Tagesgültigkeit lange hinausgewachsen ist und nach einer Form für das auf lange Zeit wichtige literarische Gut aus seinen Spalten sucht.

Die „Volksstimme“, Organ der sozialdemokratischen Partei Deutschlands, wurde 1899 noch unter dem Bestehen des Sozialistengesetzes gegründet und hat sich den ganzen Süddeutschen des Reiches erobert. Die ersten zehn Jahre wurde sie „im Gestrich“ in Offenbach im humaneren Hellen gedruckt, erst 1891 wagte es eine Frankfurter Druckerei, das Sozialistenblatt zu drucken. Seit 1900 wird die „Volksstimme“ in der eigenen Druckerei hergestellt. Aus ihrer Redaktion ist eine Reihe hervorragender Führer der Arbeiterbewegung um Frankfurt hervorgegangen.

Die „Rheinische Volkszeitung“, von 1871 bis 1913 „Frankfurter Volksblatt“, gehört dem linken Flügel der Zentrumspartei an, ist also auch ein Kind des „keiserlichen Frankfurt“. In der Druckerei wird auch die Dr. Wirkliche Monatschrift „Die Republik“ hergestellt.

Der „Frankfurter General-Anzeiger“ wurde 1876 als Anzeigenblatt gegründet, hat sich aber schnell zu einer vielgelesenen Tageszeitung entwickelt. Er rekrutiert seine Leserschaft nicht nur aus dem gesamten Rhein-Mainischen Wirtschaftsgebiet, sondern wird auch in Süddeutschland stark gelesen.

Die „Frankfurter Nachrichten“ können als das älteste Frankfurter Blatt angesehen werden. Sie gehen auf die 1722 gegründete „Wöchentliche Frankfurter Frag- und



Anzeigungsnachrichten" zurück. Sie gehören der Rechtspreffe an und erscheinen als Morgenblatt.

Seit 1924 erscheint hier auch die „Arbeiter-Zeitung“, Organ der KPD. Ihr Verbreitungsgebiet ist Frankfurt am Main und Hessen-Nassau.

Eines wichtigen Zweiges des graphischen Gewerbes sei nun noch gedacht. Das Schriftgießergewerbe ist seit Christian Egenoff (1590) ununterbrochen in Frankfurt anhängig. Mehrere Jahrhunderte versorgte die Egenoff-Lutherische Gießerei die gesamten Druckereien Europas mit ihren Erzeugnissen, direkt und indirekt durch Materklieferung. Daneben bestanden immer mehrere Gießereien am Pfalz. Bei der um die Jahrhundertwende entstandenen künstlerischen Erneuerung des graphischen Gewerbes übernahmen die Frankfurter Gießereien Bauer, Finsch, Ludwig & Mayer und D. Stempel mit der benachbarten Offenbacher Gießerei Gebr. Klingporz die Führung und brachten das deutsche Schriftgießergewerbe erneut zur Weltgeltung. Ebenso haben sie neuerdings die Wiedergeburt der Groteskschrift in die Wege geleitet.

Frankfurt. P. H. Albinus.

### Sum Verbandstag

Zu den 358 Anträgen

Wie wenig neue Gedanken sind unter der Riesenanswahl herauszukämen! Alles Wiedergekauertes, Lebenshüter längst verschwundener Gewerkschaftstatik, erscheinen in Form neuer Anträge, um von vornherein zugunsten des Beitestgehenden einen launten, ruhigen Seimang in einen unergründlichen Papierkorb zu finden. Auch das ist gut so.

Den Auftakt bildet ein Antrag Königsberg, der vor längerer Zeit im 5. Berliner Bezirk mit Hilfe der Maschinenföher Annahme und Auserföhung feierte. Wie dieses freudige Ereignis dort vor sich ging, ob schmerzlos oder mittels Zangengeburt, läßt sich von hier aus nur ahnen. Jedenfalls sind die Maschinenföherkollegen von diesem „kollegialen Solidaritätsgedanken“ im Allgemeininteresse abgerückt. Beim Antragstellen zum Verbandstag ging es, wie es bei Liebeserzeugnissen Sitte ist: Ein distretes Unterkommen wurde gefunden, um der schweren Stunde ruhig entgegengehen zu können. Nichtig gerechnet. Heil und Sieg, Königsberg! Wenn es bis heute in unserm Verband keinen Solidaritätssegoismus gab, so fände dieser Zustand mit Annahme des Antrages 1 sein Ende. Wie viele Kollegen mögen in Königsberg in jener Versammlung anwesend gewesen sein, wiewiel mit Ja gestimmt haben? Und dann nimmt nun so ein Anglistenswurm seinen sagnungsgemäßen Weg und endet im bewußten Papierkorb.

Antrag 5 fordert „auf internationalen Gebiete das Einsetzen für Zusammenfassung aller auf dem Boden des Klassenkampfes stehenden graphischen Verbände, einschließlich der Sowjetunion“. Grau bleibt alle Theorie, wenn in der Praxis auf nationalem Boden der Zugang arbeitsloser Kollegen mit allen Mitteln unterbunden wird. Diesem, allem kollegialen Empfinden Hojn sprechenden Vorgehen hat der Verbandsvorstand und die im Antrag 1 gemeinte Gewerkschaftenkonferenz wieder im Allgemeininteresse entgegengewirkt. Da kam Antrag 1. Antrag 23 bildet einen Gegenpol. Die Anträge 8 bis 11 sind gut gemeint, warum aber mit Kanonen nach Spahen schießen? Mitglieder von Krieger- oder Militärvereinen,

## Fünfzig Jahre Verbandsmitglied



Paul Schulz in Berlin  
Eingetretet: 22. Juni 1879 - Gewerkschaft Berlin.



die aus ihrer Jugendzeit noch etwas wie Kameradschaftsgefühl mit ins Graue des Altags herübergenommen, aus dem Verband auszugschliefen, hatte ich für unnötig. Sie treiben keinen gewerkschaftshädigenden Sport. Jungdo, Stahelhelm, Wiking, Oberland, und wie die historisch-klingend politisierende Heißporne sich nennen mögen, sind schon einige Grade vorfortker; doch auch sie werden älter und vernünftig werden. Diese Wenigen werden den Kofl der „Baterländischen“ nicht fett und den Buchdruckerverband nicht mager machen. Zudem ist hierin Entscheidung getroffen. Die gleichlaufenden Anträge 347 bis 361 befassen sich mit einer Sumpfpflanze, den Werksportvereinen. Das ist etwas, was uns wirklich näher geht. Wenn zum Beispiel hier die Belegschaft der DMW, mit der der Union Verlagsgesellschaft AG ein Fußballwettbewerb austrägt, so nennen sie es gesundheitsfördernden Sport. Wollten die Teilnehmer in einem Wettbewerb auf fachspezifischem Gebiet ihre Können, Wissen und Wollen weiterbilden, wäre es dem Gewerbe und ihrem Fortkommen dienlicher. Die Träger und Aufzieher dieser Werksvereine sind in der Regel jene jüngeren Kollegen, die weder an einer Verarmung, noch an Veranstaltungen der Sparten und des Bildungsverbandes teilnehmen. Beitragsgahen ist ihnen Grauel. Höchstens trifft man sie auf einem Ball der kollegialen Vergnügungsvereine. Doch auch im gewerkschaftlichen Verlage liegt noch nicht der härteste Haken. Aus dem Anfang kommt die Fortsetzung. Sport fordert Mittel. Diese sind dank der „Gefesfreudigkeit“ unser Arbeitgeber bei Lohnverhandlungen knapp. Anders wird die Sache, wenn es gilt, Werksportvereine hochzupäppeln. Hier ist die Hand offen. Wie es mal so eine willfährige Belegschaft ist nicht so ohne. Darum lehnen wir

Werksportvereine entschieden ab. Wer Sport treiben will, dem sind so viele Gelegenheiten in allen Sportarten bei den Arbeitervereinen geboten, daß keiner Kleppereswerkportvereine züchten braucht. Ein andres Kapitel ist das Vorgehen der KPD. bei den diesjährigen Betriebsratswahlen. Wenn unsere KPD-Mitglieder sich mit Wählzettel verbinden, um die Gewerkschaftsmitglieder zur Strecke zu bringen, ist dies ein so verwerfliches Mittel, daß unter allen Umständen Einhalt geboten werden muß. Solingen und Chemnitz sind Begleiterscheinungen der Moskauer „Einheitsfront“, die jedem denkenden KPD-Kollegen die Augen öffnen sollten oder müßten. In diesen Vorgängen kann der Verbandstag nicht stillschweigend vorübergehen. Hier ist Klärung dringendes Erfordernis. Was Antrag 26 bezwecken will, ist wohl allen unklar, die seine Begründung nicht mitangehört haben. Meines Erachtens hat er nur Berechtigung, wenn die von Königsberg in Antrag 1 so impulsiv vertretene „geübte Kollegiale Solidarität“ geköpft und Spartenkampf zum ständigen Leben erweckt werden soll. Antrag 38 Abs. 3 setzt die Rückvergütung an die Gawe von 12,5 Proz. auf 10 Proz. herab. Da seit dem letzten Verbandstag der Beitrag wiederholt erhöht wurde, außerdem für Lehrlingsbildungszwecke ein fester Satz zurückvergütet wird, wird seine Annahme keine fühlbare Lücke in den Gaultassen eroffen lassen.

Zu all den Anträgen betreffend Unterföhungserhöhung sagt Antrag 43 das Nötige. Ein neuer Weg wäre es, ob nicht von den 30 Pf., die der Wöshenbeitrag Erhöhung finden soll, eine Rückversicherung für die Invalidenunterföhung bei der Volksfürsorge abgeschlossen werden könnte. Ständige Zunahme an Arbeitsunfähigen, welche noch Steigerung erfahren wird, wenn die Kriegsfolgen und -krankheitskeime sich auswirken werden, stellt unsere Eigenhilfe in Frage. Vergleicht man die Leistungen des Staates mit einer wöshentlichen Beitragsöhde von 2 M. und unsere Leistungen mit der niederen Beitragsöhde von 40 bzw. später 65 Pf., so ist es ein einfaches Rechnen, um zum Ergebnis zu kommen, daß wir mit dem heutigen Invalidenbeitrag nicht auskommen werden. Eine Rückversicherung hätte allerdings den Nachteil, daß Gelder, welche den Invaliden zukommen könnten, in der Verwaltung draufgingen.

Antrag 191 spricht für sich. Kampf im rechten Augenblick ist gut. Kampfsöhre in jedem Augenblick ist Krampf. Hoffentlich übernehmen die Königsberger Ja-Kollegen die Ehrenämter, wenn ihr Antrag im letzten Satz einstimmige Annahme findet: „bevor nicht der Beweis erbracht wird, daß die Mittel des Verbandes in vollem Umfang für Kampfszwecke verwendet werden und dafür nicht ausreichen, muß eine Beitragserhöhung abgelehnt werden.“ Ein Barvermögen von jeht 8 Mill. M. bei 80 000 Mitgliedern ergibt pro Mitglied einen „Weskenumfangskampffonds“ von 100 M. Nach Antrag 60 (B) soll die Höchstdauer der Maßregelnunterföhung 13 Wochen betragen. Mit anderen Worten, Vermögen geteilt durch Mitglieder und Unterföhungsdauer ergäbe eine Maßregelnunterföhung von täglich 1,07 M. Bei solchem Rechnen dürfte der Kampfgeist von kurzer Dauer sein. Dabei ist das Vermögen ganz für Kampf eingestellt. Kranke, Invaliden, Witwen, Waisen und Hinterbliebenen würden keine Unterföhung mehr erhalten; trotz deren sagnungsgemäßer Rechte. Steht man dazu noch den Antrag 309 im letzten Satz an, wo unsere Königsberger Kollegen fordern:

### Frankfurt a. M.

in Vergangenheit und Gegenwart

Frankfurt, seit allersher eines der klangvollsten Kapitel deutscher Wirtschaftsgeschichte, bildet auch heute noch einen der stärksten Kapfeiler von Handel und Industrie. Daneben eine Stadt von geschichtlich und auch ästhetisch ungemein fesselnder städtebaulicher Schönheit, verkörpert durch zahlreiche historisch bereedte mittelalterliche Bauwerke, die vielfach wie geschichtliche Dafen eingekreuzt sind aus der architektonischen Welt der Moderne als Zeugen einer großen Vergangenheit ragend erheben. Frankfurts Geschichte ist nicht von herkömmlicher Art; an deutschen Werben und Schicksal war Frankfurts Einfluß stets von mitgestaltender Art. Frankfurt, am linken Mainufer gelegen, findet in der Geschichte im Jahre 793 als eine Ortschaft mit königlicher Pfalz erste Erwähnung. Bereits im Jahre später hielt hier Karl der Große eine Reichsversammlung ab. Der älteste Stadtnamen Franconofurt deutet sich als Furt der Franken, die in mittelalterlicher Zeit als ein großes und reiches Grobervervoll hier für ihre Heersöhren am Main eine Furt zum Übergang suchten und fanden. Im Jahre 876 liegt Frankfurt zur Hauptstadt des ostfränkischen Reiches auf.

Schon im Mittelalter entwickelte sich Frankfurt durch seine damals weltberühmten Messen weitans vor Leipzig zu einer ersten Handelsstadt, antilpfehend an diese alle historische Mission, sucht das Frankfurt der Gegenwart durch den Bau großartiger Messenpaläste sich wirtschaftlich als Messfestad wieder zur Geltung zu bringen, für welche die günstige geographische Lage der Stadt als Handelsmittler zwischen Süd und Nord alle Voraussetzungen bietet. Als markante Kapitel aus der politischen Geschichte der alten Reichsstadt sind noch hervorzuheben, daß Frankfurt von 1815 bis 1866 Sitz des deutschen Bundestages war, wie hier auch 1848/1849 in der Paulskirche die deutsche Nationalversammlung tagte. Als Frankfurt sich im deutschen Bruderkrieg 1866 gegen Preußen stellte, bezahlte

es dieses Wagnis mit dem Verlust seiner politischen Selbstständigkeit. Eines der letzten großen geschichtlichen Ereignisse, für welches Frankfurt den Rahmen abgab, war der am 10. Mai 1871 im Hotel „Zum Schwan“ durch Bismarck vollzogene Friedensschluß mit Frankreich. Daß eine solche an hervorragender Stelle in der deutschen Geschichte stehende Stadt schließlich auf ihrem Boden auch Männer von weltgeschichtlicher Sendung erwachsen sah, kann nicht überzraschen. Goethe, ein Sohn Frankfurts, würde genügen, dem Namen der Stadt ein Weltrecht zu verleihen. Dann die Hofshilders, jene einflußreichen Geldhirten des 19. Jahrhunderts, die der alten Handelsstadt am Main damals einen machtvollen wirtschaftlichen Aufstieg sicherten.

Nach diesem kurzen geschichtlichen Umriß wollen wir nunmehr einen Rundgang durch die alte Mainstadt antreten, die an aller wie moderner Architektur ungemiein reich an fesselnden Wahrzeichen ist. Im Mittelpunkt aus Alt-Frankfurts mittelalterlicher Zeit steht der „Römer“, der jeht 1405 der alten Patrizierstadt als Rathaus diente. Der Römer hat im Laufe der Jahrhunderte mannigfache Umbauten erfahren, zuletzt wurde 1898 die Fassade mit hohen Staffelföbeln im spätgotischen Stil erneuert. Auch der im Hauptgebäude liegende Kaiseraal erfuhr 1853 eine Erneuerung, bei welcher Gelegenheit der Saal einen großartigen Wösherschnitt erhielt.

An das alte Rathaus des Römers wurde im Jahre 1900 das stattliche neue Frankfurter Rathaus angebaut, mit einem hohen Nordturm, einer Nachbildung des ehemaligen Sachsenhäuser Bräukenturms. Das neue Rathaus enthält einen großartigen Festsaal, auch sind die Fassaden durch einen reichen künstlerischen Schmuck sehenswert. Der hier sichtbare Figurenschmuck zeigt Vertreter des Frankfurter Bürgerturns und der Gewerbe. Der Römer ist von architektonisch reizvollen alten Häusern des 16. bis 18. Jahrhunderts eingerahmt. Bemerkenswert ist hier das alte

Patrizierhaus Altkumpurg, das Haus Löwenstein und Frauenstein und das Saßhaus. Vor dem Römer erhebt sich der alte Gerichtshofsbinnen, der 1887 erneuert wurde. Durch die Säulenhalle des Römers gelangt man zum Paulsplatz mit der berühmten evangelischen Paulskirche, denkwürdig als Sitz des deutschen Parlaments von 1848 bis 1849. Der Bau der im römischen Notundenstil durchgeführten Paulskirche wurde 1789 begonnen, fand aber erst 1833 seine endgültige Vollendung. Vor der Paulskirche erhebt sich das 1903 errichtete Einheitsdenkmal.

Im Gegenfag zu mancher anderen alten, aber weniger großen Stadt, weist Frankfurt eine nur verhältnismäßig geringe Zahl alter Kirchen auf. Das Kirchliche hat der Stadt nie gelegen, sie war niemals Bischofsföhl, und nach der Reformation, zu der sich Frankfurt stark bekannte, trat der Protestantismus hier seine Herrschaft an. Die heutige Bevölkerung Frankfurts umfaßt etwa zwei Drittel Protestanten und ein Drittel Katholiken, daneben einen starken Prozentsatz von Israeiliten, die im erheblichen Maße der Stadt den Charakter einer großen Handelsempore verleihen. Im Mittelpunkt von Frankfurts Kirchengeschichte steht der alte Dom, ein Wahrzeichen der Gofik, von Ludwig dem Deutschen im Jahre 852 ursprünglich als Salvatorkirche begündet, die im Jahre 1230 nach eingetretener Baufälligkeit abgetragen, worauf als Neubau hier die Bartholomäuskirche entstand, die nach ihrem Brand 1807 den heutigen Dom zeitigte. Der Turm des Domes geht auf das Jahr 1115 zurück, in seiner Höhe von 95 m und der durchdröhenen Architektur ein durch Schönheit geadeltes Bauwerk. An der Chorwand von Doms beröhmte „Kreuzabnahme“, ein Geschenk der Familie Brentano, die damals schon den hohen Preis von 40 000 Gulden für das Gemälde entrichtete. Zu den kirchlichen Kostbarkeiten des Domes zählt auch eine 1509 gestiftete wunderbare Kreuzgruppe. Der Frankfurter Dom war bis zum Jahre 1792 die Wahl- und Krönungskirche der deutschen Kaiser. Die Glas- und Wandgemälde sind moderne Schöpfungen, Dar-

„Die Forderungen der Kollegenschaft sind im Kampf durchzuführen, die Waffe des Streits ist mit aller Rücksichtslosigkeit anzuwenden“, so ist es gut, obige Rechnung aufzumachen, um nicht durch trambphantes Kampfgeschrei ins Verderben hineinzuführen. Mit ungenügenden Mitteln ein Kampfunternehmen zu beginnen, gleichviel welcher Art, hat in den meisten Fällen Niederlagen und Ruin zur Folge. Dies muß gesagt werden, nicht um vor sozialen Kämpfen zurückzuführen, sondern um Surrealkämpfe zu sagen, was sie sich selber nie überlegen. Um Kampfgedanken von vornherein auf eine vernünftige Grundlage zu bringen, hätte ich gern gesehen, wenn Punkt VI und VIII der Tagesordnung Taufsch erfahren hätten.

Die Anträge 139 bis 160 kommen bei jedem Verbandstag. Hier sollte ein gangbarer Weg gesucht und gefunden werden. Schon zum Berliner Verbandstag zeigte ich einen Weg, um hier Ausgleich zu schaffen: Der Verbandstag wolle einen festen Invalidenbeitrag für die Kriegsdienstjahre festsetzen und es jenen Kollegen anheimgeben, ob sie ihre durch höhere Gewalt verloren gegangenen Beitragswochen durch Nachbezahlung aufholen wollen. Nicht aus „Mißgunst“ und nicht aus „Egoismus in Reinkultur“, wie Kollege Kz. (Neuhaus) in Nr. 48 schreibt, sind diese Anträge gestellt. Wenn man bedenkt, daß durch aktive drei bzw. zweijährige Dienstzeit und dann noch bis über vier Jahre Kriegszeit (für Gefangene noch länger) den Betroffenen 350 und 400 Beiträge verloren gingen, kann die Antragstellung auf Anrechnung Verständnis finden. Mit starken Worten wie „Kriegsteilnehmern“ Bevorzugung ist diese Art „Bevorzugung“ der älteren Kollegen gegenüber denen, die aus den Lehrlingsabteilungen kommen, nicht abgetan. Und weil für nichts nichts gegeben werden kann, bleibt nur eine freiwillige Nachzahlung der fehlenden Wochenbeiträge, die dem Invalidenunterstützungsfonds nur willkommen sein dürfte. Den Anträgen 167 und 168 stehen 23, 169 und 178 gegenüber.

Dem Antrag 181 wird der Verbandstag kein Hindernis bieten. Ein Ausnahmerecht bzw. -unrecht hat keinen Platz mehr, es wäre denn, 183 bis 185 fänden eine spartenfeindliche Mehrheit.

Antrag 186 des Verbandsvorstandes ist so großzügig gedacht, daß den Unternehmern im Gewerbe nicht mehr viel zur Ausbildung des gewerblichen Nachwuchses zu tun verbleibt. Hoffen wir, in jenen Kreisen möge die gleiche Opferfreudigkeit Platz greifen. Die Anträge 199 bis 206 wollen die Erhöhung des Lehrlingsbeitrags teils ohne, teils mit Staffellung. Da Anträge auf Abschaffung der Staffellung im allgemeinen gestellt sind, sollte eine Beitragsstaffellung für Lehrlinge aus Gründen der Verwaltungsvereinfachung nicht eingeführt werden. Antrag 208 ist wohl lokaler Natur. Die Schreibweise des „Korr.“ kann aber nicht lokal gewertet werden.

Antrag 209 ist zum Teil erfüllbar, zum Teil würden wir eigene Unternehmungen schädigen, zum Beispiel Lindcar. Es muß der Angelegenheitsstelle überlassen bleiben, Schwindel- und solide Unternehmungen zu unterscheiden.

Dem Antrag 300 kann man zustimmen, wenn die ungenügende Ausbeutung der Lehrlingshöflichkeit durch unre Arbeitsgeber in Betracht gezogen wird.

Antrag 331 fand in Hamburg seine Auferstehung auf dem Verbandstag in Berlin seinen Heimgang. Warum ihn neu stellen? 330 sagt doch viel Besseres, was sein soll.

Um zum Schluß zu kommen, möchte ich noch den Antrag 324, die Anstellung eines Juristen als Syndikus betreffend, besprechen. Ich kann mich nicht dafür begeistern. Unsere praktisch geschulten Vertreter haben uns bis heute noch nie im Stich gelassen. Zugegeben muß werden, daß die soziale Gesetzgebung einen Umfang angenommen hat, der viel Können und Wissen erfordert. Auch die Materialbeschaffung zu Lohn- und Tarifverhandlungen ist eine äußerst wichtige Sache. Daraus fußt eine Kenntnisnahme aller einschlägigen Literatur, die ein Angestellter in seiner Büro-tätigkeit und im Nebenbei nicht erledigen kann. Ob der Verbandstag hier nicht an die Schaffung einer Stelle herangehen will, die diese Aufgaben zu erledigen und statistisches Material zu sammeln hätte? Richtig wäre dies notwendig gewesen. Auch unsere Angestellten haben Anspruch auf eine achtfünfstündige tägliche Arbeitszeit und zu Antrag 353 bis 356 auch auf eine anständige Entlohnung.  
Stuttgart.

**Sind die Kriegsteilnehmer begehrt?**

Der Kollege Kz. (Neuhaus) hat sich veranlaßt gesehen, in Nr. 48 des „Korr.“ gegen die Kriegsteilnehmer, die es gewagt haben, Anträge auf Anrechnung der Beiträge zu stellen, vom Leder zu ziehen. Da die Äußerungen des Kollegen Kz. berart sind, daß sie eine Herabsetzung der Kollegen, die gewungen waren, am Kriege teilzunehmen, bedeuten, so dürfen sie auf keinen Fall unumwiderrprochen bleiben. Kollege Kz. wirft den Kriegsteilnehmern vor, daß diese aus Egoismus ohne jede Pflichterfüllung ihre Rechte vergrößern wollen und behauptet, daß durch die betreffenden Anträge die Verbandsmitglieder in zwei Klassen geteilt würden. Er glaubt, daß die „Nichtkrieger“ den Kriegsteilnehmern gewissermaßen ein Geschenk darbringen, wenn die Anträge angenommen werden. Es ist bedauerlich, daß Kollege Kz. seinen Gefühlen in dieser Weise freien Lauf ließ und nicht einmal versucht hat, sachlich die Ursachen der Anträge zu ergründen, denn dann hätte er seine Epistel sicher nicht geschrieben. Wie liegen denn die Dinge? Kommt auch nur ein Fennig von den Beiträgen der Nichtkrieger, die sie während des Krieges geleistet haben, den Kriegsteilnehmern zugute? Ich behaupte: Nein. Der Kollege Kz. hat nämlich vergessen zu berücksichtigen, daß wir die Inflation hatten und daß damit alle Beiträge, also auch die der Nichtkrieger, verloren gegangen sind. Wenn diese nun auf das Recht ihrer geleisteten Beiträge pochen wollen, so ist das eben nur auf formaler Grundlage möglich, da die Vermögenswerte ja verloren sind, so daß alle Mitglieder mit Beginn der neuen Währung tatsächlich auf „Gleich“ standen. Wenn also die Karenzzeiten für die Unterfütigungen nach wie vor nach den geleisteten Beiträgen berechnet werden, so könnte ich wohl behaupten, daß die Kriegsteilnehmer heute die Beiträge aufbringen müssen, um auch den Vorprung, den die Nichtkrieger in den vier Kriegsjahren erreichen konnten, abzugeben. Wenn ich geschäftlich sein wollte, könnte ich nun behaupten, daß die Nichtkrieger aus egoistischen Gründen sich gegen einen Ausgleich sträuben. Doch weiß ich, daß nicht alle so denken und nehme an, daß dem Kollegen Kz. alle diese Momente entgangen sind. Ihn dürfte auch nicht unbekannt sein, daß die Kriegsteilnehmer nicht eine kleine Gruppe bilden, sondern das Verhältnis nach der Statistik sich folgendermaßen stellt: Anfang 1918 waren 30 368 Verbandsmitglieder vorhanden, gegen 70 428

im Jahre 1919, so daß die Zahl der Kriegsteilnehmer etwa 40 000 betragen haben muß. Es handelt sich also um einen erheblichen Teil der Kollegenschaft, der einen Ausgleich verlangt. Ich betone ausdrücklich Ausgleich, da die Kriegsteilnehmer gezwungen wurden, ihre Friedensarbeit zu unterbrechen und daher nicht freiwillig oder böswillig die Beitragsleistung einstellten. Ich bin sogar der Ansicht, daß auch dann, wenn keine Inflation die Beiträge aller entwertet hätte, die Solidarität die glücklicheren Kollegen, die dem Wölkermorden fernbleiben durften, hätte veranlassen müssen, von sich aus den Kriegsteilnehmern entgegenzukommen. Das ist ja nun, wie schon angeführt wurde, nicht mehr nötig, da nach Lage der Dinge die Nichtkrieger tatsächlich nichts mehr zu verschonen haben. Ihre Kriegsbeitragsleistung steht ja nur auf dem Papier.

Also, lieber Kollege Kz., darum nicht gleich so unfreundlich und jeden Kollegen als Egoist und Räuber am Verbandsvermögen betrachtend, der versucht, die Dinge gerecht zu gestalten, sondern erst mal nachprüfen, ob Grund für ein solches Geschehen vorhanden ist. Wir hoffen jedenfalls darauf, daß dieser Verbandstag den berechtigten Wünschen der Kriegsteilnehmer Rechnung trägt.

Noch ein Wort zur Unterfütigungsfrage allgemein. Gewiß stimme ich hier mit dem Kollegen Kz. überein in der Ansicht, daß der Staat die sozialen Lasten tragen müßte. Doch, solange er es nicht tut, ist Selbsthilfe im Rahmen des Möglichen notwendig. Außerdem darf nicht unbeachtet gelassen werden, daß die Unterfütigungseinrichtungen das Rückgrat der Gewerkschaften bilden. Ich behaupte, daß auch unser Verband nicht seine Stärke erreicht hätte, wenn die frühere Leitung nicht eine weisheitsvolle Unterfütigungspolitik getrieben hätte. Darum möchte ich dem Kollegen Kz. raten, seine Ansicht, daß der Verband nur Gewerkschaft sein solle, einer eingehenden Nachprüfung zu unterziehen. Dann bin ich sicher, daß er zu dem Ergebnis kommen wird, daß Lasten sich nicht durch gefühlsmäßige Wünsche ändern lassen, sondern nur durch stetig intensive Aufklärungsarbeit.  
L. i. f. i. t.

Gr. Jt.

**60 Jahre Dreißerverein Köthen**

Aus dem Nichts entstand vor 60 Jahren eine Zelle unserer Organisation in Köthen. Ein kleines Häuflein nur wagte den Schritt nach den anspruchsvollen Reben von Richard Härtel. Berückt lebte das kleine Geübde von Anentwegen, doch wohl Stolz und Zuversicht zum Aufbau eines neuen Daseins. Glied an Glied reihte sich nun während dieser 60 Jahre an die Kette, die mehr der Zeiten Lauf in unserm Gewerbe den Kurs gab und heute zum gewaltigen wirtschaftlichen Machtorgan angewachsen ist. Das große Zaubermotiv „Reinigt euch!“, das die Arbeiterbewegung emporführte, das sie stark und gewaltig werden ließ; es klang nicht nur auf in der temperamentsvollen Regitation des Lehrlingsleiters Schwachow bei der Morgenfeier, es tönte auch begeistert durch die ganze festliche Veranstaltung. Wir feierten unsern Ehrentag in würdiger Weise am Sonnabend, dem 8. Juni, durch einen Begrüßungsabend und Sonntag, den 9. Juni, durch eine weisevolle Morgenfeier mit gemeinsamer Mittagstafel und nachherigem Ball.

Die Begrüßungsfeier war ein würdiger Auftakt. Der Saal der „Stadthalle“ war mit Blumen geschmückt. Von

stellungen aus der Geschichte der Stadt, nach Entwürfen von Steink und Linnemann. Von den alten Kirchen Frankfurts sei noch die prägotische katholische Frauenkirche hervorgehoben, eine architektonisch fesselnde Hallenkirche aus dem 14. Jahrhundert mit zwei besonders bemerkenswerten prachtvollen Portalen.

Nicht weit vom Dom erhebt sich das stattliche, 1874 erbaute Archivgebäude, das man 1892 mit dem alten, seit 1400 bekannten Leinwandhaus in eine räumliche und entsprechende architektonische Verbindung brachte. Das Archivgebäude beherbergt neben dem städtischen Archiv mit seinen kostbaren alten Urkunden vor allem das „Städtische historische Museum“, das mit seinen höchst wertvollen Sammlungen einen wissenschaftlichen Mittelpunkt der Stadt darstellt. Hervorzuheben sind besonders eine ethnographische Sammlung, eine Gewerksammlung, eine Sammlung römischer Marmor aus Frankfurts Umgebung, die „Goldene Bulle“, alles Kunstgewerbe und eine feine Sammlung alter Zunftfahnen. Im Mittelpunkt des Ganzen stehen kostbare, aus ehemaligen Klöstern Frankfurts stammende Gemälde von Holbein d. Ä., Dürer, Baldung, Grien und Grünewald. Freunde der Kunst finden in dem berühmten Städtischen Kunstinstitut eine klassische Stätte der Materie.

Frankfurts literarisches Kleinod ist sein Goethehaus, Geburts- und Vaterhaus des deutschen Dichterkönigs. Dieses Haus, in dem sich Goethes Jugend erfüllte, wo ein deutscher Genius zur Rollenbahn reifte, ist mehr als ein Gedenktempel der deutschen Literatur. Ein echtes Patriarchenhaus, in dem die Wohlhabenheit an der Seite von Kunst und Wissenschaft walte, wo Nat Goethe der Jurisprudenz und die gemütvoll Frau Ka dem Schöngesicht huldigte, in diesem trauten, wohligen Haus war für den jungen Goethe die gegebene Stätte glücklicher Verheißung eines kommenden, vollendeten Lebens. Das Goethehaus, im Innern in allem das Abbild des 18. Jahrhunderts,

mit seinen Wohnräumen, Staatszimmern, der Studierstube und dem Gemäldemuseum auch ein köstliches zeitgeschichtliches Kulturdenkmal, zwingt jeden Besucher unversehens in seinen Bann. Frankfurt hat seinen größten Sohn 1844 am Goetheplatz durch Schwanthaler ein ehernes, würdiges Denkmal errichtet.

Frankfurt, dessen kulturelle Mission in Erfüllung einer alten geschichtlichen Überlieferung vornehmlich im Handel, in Gewerbe und Industrie wurzelt, hat sich dennoch stets rühmlich in den Dienst der Wissenschaft gestellt. Ein letzter Beweis dieser Art ist die 1914 errichtete Universitäts- und die bereits seit 1820 bestehende Stadtbibliothek mit rund 400 000 Bänden, darunter kostbare Zinkabdrücke und seltene Handschriften. Eine Sonderheit stellt die hier in diesem Umfang kaum noch einmal vorhandene großartige hebräische Bibliothek dar. Frankfurts überragende wirtschaftliche Bedeutung wurde schon im Mittelalter begründet, als Frankfurt bereits allorts anerkannter Messplatz war. In der weltwirtschaftlichen Bedeutung Frankfurts hat das Wirken der Rothschilds im 19. Jahrhundert erheblichen Anteil. Das in der Börsestraße in der ehemaligen Zubenstraße gelegene Stammhaus der Rothschilds ist als sehenswert zu empfehlen. Naturgemäß sind die Rothschilds lokalgeschichtlich für Frankfurt von größter Bedeutung, da sie sich der Stadt gegenüber oftmals als sehr freigebige Mäzene betätigten. Die Freiherrliche Carl v. Rothschild öffentliche Bibliothek sei hier nur als ein Beispiel von vielen genannt. Unter den deutschen Börsen nimmt die Frankfurter Börse eine erste Stelle ein. Das großartige, 1879 neuerbaute Börsengebäude stellt sich als eines der architektonisch bedeutendsten neueren Bauwerke im Rheinlandsgebiet dar, besonders bemerkenswert durch einen großen, glänzend ausgestatteten Börsensaal. Wirtschaftlich ist Frankfurt heute Mittelpunkt des deutschen Metallhandels, wie auch hier die Maschinen-, Automobil- und chemische Industrie, vor allem aber die elektrotechnische Industrie einen Hauptplatz hat. Auch für die Main- und

Rheinschiffahrt kommt Frankfurt eine entscheidende Bedeutung zu, von der die großartigen Hafenanlagen bestes Zeugnis ablegen. Unter den verschiedenen Mainbrücken gibt es einige technisch sehenswerte Bauwerke, wie sich auch von diesen Brücken Frankfurt als ein malerisches Stadtbild bietet. Auch das Bantwesen zeigt in Frankfurt als betonte Handelsstadt eine großartige Entwicklung, wie aus den mannigfaltig vorhandenen Bankpalästen zu entnehmen ist. Demgemäß hat hier auch eine der einflussreichsten deutschen Handelsvereinigungen, die alte, berühmte „Frankfurter Zeitung“ ihren Sitz.

Frankfurt darf in städtebaulicher Hinsicht in jeder Beziehung als eine schöne Stadt gelten. Durch Niederlegung der Festungswerke in den Jahren 1806 bis 1813 entstanden die sogenannten Anlagen, die im Sinne der Neuzeit zu prächtigen Promenaden gestaltet wurden. Daß eine auf so hoher wirtschaftlicher Warte stehende Stadt wie Frankfurt auch dem Theater und sonstigen Vergnügungen eine klassische Pflegestätte weicht, ist selbstverständlich. Da ist das Schauspielhaus, das mit seiner mächtigen Kuppel die Stadtsilhouette reizvoll bereichert, gleich großartig das 1873 in italienischer Renaissance erbaute Opernhaus, dessen glanzvolles Foyer in Deutschland kaum seinesgleichen hat. Einen Stolz Frankfurts bildet auch sein Palmengarten, dessen botanische Grundlagen bei der Errichtung im Jahre 1809 die prächtigen Wintergärten des Herzogs von Nassau bildeten, die für 60 000 Gulden angekauft wurden. Das herrliche Palmengarten ist eine botanische Sehenswürdigkeit, in den großartigen Gewächshäusern fesseln prächtige Orchideen und fleischfressende Pflanzen. Schließlich sei auch noch des Zoologischen Gartens gedacht, eines der ersten Tiergärten Deutschlands. Nachvoll flutet Frankfurts Leben in seinen prächtigen Verkehrsstraßen, von denen die Kaiserstraße und die Zeil Mittelpunkte bilden. Bei aller reichen Historie der alten Mainstadt ist Frankfurt dennoch in allem das glanzvolle Frankfurt der Moderne unserer Zeit.  
Dr. H. Martel.



### Korrespondenzen

auswärts waren Kollegen gekommen, um mit uns Röhrenern gemeinsam frohe Feststunden zu erleben, sogar aus Nürnberg war Kollege Emil Hallupp herbeigeeilt, der mit der früheren Geschichte der Buchdruckerorganisation auf das engste verknüpft ist. Eine erwartungsvoll gestimmte Kollegenschaft mit ihren Damen und die Vertreter der Gewerkschaften harrten der kommenden Dinge. Die Bühne war mit Blumen geschmückt, verschönert noch mit den Buchdruckerfarben und der Gutenbergsblüte, über der Bühne als Transparent ein gut ausgestattetes: „Gott grüß die Kunst!“ Nun erklang in feierlicher Stille die Duvertüre zur Oper „Iphigenie“, dem folgte das Vorspiel zur Oper „A Basso Porto“. Kollege P. S e n s richtete Begrüßungsworte an die Ehrengäste. Dabei an die vergangenen Zeiten erinnernd, die Arbeit, Erfolg, Rückschläge und Enttäuschung gebracht haben. Redner gedachte auch unsrer Toten, und stehend wurde das Gedenden derselber geehrt, bis die Kapelle „Ich hatt' einen Kameraden“ intonierte. Eine schlichte, aber feierliche Andacht.

Neben dem 60 Jahre alten Geburtstagskinde haben wir noch ein jüngeres: 20 Jahre Gefangener „Typographia“. Beide hatten zu allen Zeiten ihre Pflicht erfüllt und sich als Glieder der Arbeiterbewegung betätigt. Mit der Hymne „Heil Gutenberg“, die die Chöre der „Soffnung“ und der „Typographia“ gemeinsam mit gutem Ausdruck sangen, nahm die Festfolge ihren Fortgang. Kollege D t o g ü r k e n o w als Dirigent der Gesangvereine ließ die Herzen höher schlagen durch seinen Chorvortrag mit Waldhornbegleitung „Nachtgesang im Walde“, der durch seine Sängerschaft ausgezeichnet wiedergegeben wurde. Auch ein einheimischer Sänger, E g b e r t S p i e g e l, brachte sein Bestes den Zuhörern zum Vortrag. Dann folgten die beiden genannten Chöre mit ihren Dirigenten mit „Lord Joleston“ mit Orchesterbegleitung sowie „Das Dörschen“ von Schubert und „Am sonnigen Rhein“. Bei allen Gesängen zeigte sich das große Geschick des Dirigenten und das durchweg gute Stimmenmaterial der Vereine. Mühe gab sich die Stadtkapelle bei ihren konzertlichen Darbietungen. Den Schluß des offiziellen Teiles bildete die interessante Vertonung des Volksliedes „s kommt ein Vogel geflogen“ im Stile älterer und neuerer Meister. In lustigen und heiteren Darbietungen schloß es nicht, und bald war die Witternachtsstunde vergangen.

Die Morgenfeier am Sonntag um 10 Uhr begann mit der Duvertüre zu „Kosamunde“. Kollege S c h w u c h o w regitierte mit schönem Schwung einen eindrucksvollen Prolog von Ernst Brezang. Es schloß sich der Chorgesang „Festgesang der Künstler“, wieder von beiden Gesangvereinen vorgetragen, an. Nunmehr begrüßte Kollege P. S e n s die gastreich erschienenen Gäste; so war der Stadtrat Sommer als Vertreter der Behörde, die SPD durch Landtagsabgeordneten Ahland und andre mehr vertreten. Nach den Begrüßungsworten nahm der Gauvorsteher S u g o R ö n i g (Halle), der selbst in früheren Jahren in Röhren in Kondition stand, das Wort zur Festrede. Mit rhetorischem Geschick sprach der Redner die Höhe in den Herzen der Zuhörer zu hellem Feuer an. Er gemahnte an das Alte und zeigte uns den Weg, den aus steiniger Tiefe zu den höchsten Höhen durch Mühsal, Unterdrückung und Not unser stolzer Verband gegangen ist. Er schloß: Fassen wir keine unnützen Resolutionen, gehen wir zur praktischen Arbeit über, nur das führt zum sichern Ziel. Mit rauschendem Beifall konnte der Redner das Wort verlassen, wissend, daß seine Rede auf fruchtbaren Boden gefallen war; als Zeichen der Anerkennung überreichte er dem Ortsverein ein Tischbanner.

Es folgten nun die Ansprachen der Ehrengäste. Magdeburg überreichte ein Schreibzeug, Halle eine Tischglocke, Dessau ein Tischbanner, Zerbst zwei Lotterielose, die Kollegen von Bernburg und Merseburg je ein Bild des verstorbenen Verbandsvorsitzenden Joseph Seitz, die Kollegen von Bitterfeld ein Diplom, Morchhausen dachte an etwas Selbstiges, alten Korn, Kollege H o j e n s i t t e eine Plakette. Zahlreiche Telegramme gingen ein, so aus Schönebeck, Eisleben, Torgau, Zeitz, Osterwieck, Wernigerode, Ahersleben, Uebenwerda usw. Stadtrat Sommer sprach als Vertreter der Stadtverwaltung, für die Sozialdemokratische Partei Kollege A h l a n d, Kollege S c h w u c h o w sprach als Vertreter des Ortsausschusses der freien Gewerkschaften. Hieran schloß sich Kollege R ö h l e r und sprach in kurzen, aber treffenden Worten für den Gesangverein „Typographia“. Nach den Ansprachen erklang der Ahmannsche Freiheitschor „Sturm“. Er veranlaßte eine stürmische Beifallstundgebung, an deren Schluß der Dirigent mit Blumen geehrt wurde. Ein Hoch auf den Verband beendete die Veranstaltung.

Nach der gemeinsamen Mittagstafel, die schon gewürzt wurde durch Buchdruckerhumor, trat der Festball in seine Rechte, der bis gegen Mitternacht die Festteilnehmer zusammenhielt.

Und nun zum Ausklang des Festes. Zunächst sei allen Firmen, die uns in irgendeiner Weise zum Gelingen des Festes beihilftig waren, und allen Kollegen, die uns die Ehre ihrer Anwesenheit teilhaftig werden ließen und Geschenke überbrachten, herzlich gedankt. Und nun zu weiteren Erfolgen! Die Zeit hat das Blatt der „60“ gewendet. Markiert weiter auf die „75“ mit klarem Sinn und hoher Begeisterung, dann braucht uns nicht bange zu sein um den Fortbestand unsres stolzen Verbandes.

R ö h n e n.

G e r h a r d P ä h l o d.

Breslau. Unsere Veranstaltung am 14. Mai trug schon recht sommerlichen Charakter. Trotz der gutgewählten Tagesordnung war der Besuch kein besonders lobenswerter. Auch an dieser Stelle sei deshalb den Kollegen gesagt, nicht nur Veranlassungsdisziplin in Lohnfragen, sondern bei allen anderen Tagesordnungspunkten; denn auch sie sind ein Stück der notwendigen gewerkschaftlichen Kleinarbeit. Neben einer Wiederaufnahme und sechs Aufnahmen von Kollegen der Lehrlingsabteilung enthielt die Tagesordnung zwei Punkte. Herr Dr. P o w i e r referierte über das Thema: „Gesundheitspflege im Buchdruckergewerbe“. Der Redner verstand in fesselnder und volkstümlicher Weise sein Thema zu behandeln. Hierauf berichteten die Kollegen F e i g e und P a u l über den Gantag. Während Kollege Feige sich in erster Linie auf Befragung der Beschäftigten und angenommenen Anträge beschränkte, gab Kollege Paul seinem Bericht die Form eines Stimmungsbildes. Er stellte fest, daß seitens des Gauvorstandes in verschiedenen Fragen Forderung gegen Großstadt ausgeübt würde und betonte, daß dieses der angeeignete Weg für gewerkschaftliche Einheit und Vorwärtsentwicklung sei. In der anschließenden Aussprache stellten sich die Kollegen R i p p e l, K a p f, K a l i n k e, O p i s, H e i n r i c h, S p o r n, K o l l a i und S t e u e r reiflos hinter die Ausführungen der Berichterstatter, während die Kollegen F i e d l e r, S o f e r t i c h e r, B i r n d a n, F u h m a n n und G i r n d t insbesondere mit der Berichterstatter des Kollegen Paul nicht ganz einverstanden waren; man vermisse die notwendige Objektivität. Schließlich fanden noch unter „Fragen und Mitteilungen“ einige örtliche Dinge Erwähnung.

Hamburg - Altona. In unserer außerordentlichen Generalversammlung am 6. Juni wurde zunächst das Andenken mehrerer Wertvollerer geehrt. Nachdem Kollege K u n h l e r die Zahl der augenblicklich arbeitslosen Kollegen bekanntgegeben hatte, forderte er zu fleißigem Besen des Verbandsorgans, des „Korr.“, auf und machte bekannt, daß von sehr vielen Betrieben die Resultate der Betriebsräteauswahl dem Büro noch nicht gemeldet seien; das müsse unbedingt bald geschehen. Kollege S ü t t g e n s, dessen Antrag „Verteilung der Arbeitslosigkeit auf die Allgemeinheit“ schon seit Wochen die Gemüter der Hamburger Buchdrucker in Spannung hielt, wies mit Nachdruck darauf hin, daß parteipolitische Tendenzen bei diesem Antrag nicht in Frage kämen, sondern die Arbeitslosen hätten nur aus gewerkschaftlichem Interesse ihre Unterschrift gegeben. Die danieherliegende Konjunktur treffe zu allererst die Arbeiterfrage! Wirksam bekämpft werden könne die Arbeitslosigkeit nur durch Verfüzung der Arbeitszeit bis auf die 45-Stunden-Woche. S ü t t g e n s erläuterte seinen Antrag und schloß mit dem Ausruf: „Wir wollen keine Almosen in Geld, sondern wir wollen Einreihung in den Arbeitsprozeß!“ Die Stellungnahme des Vorstandes wurde durch Kollegen K u n h l e r verlesen. Der Vorstand ist, wenn der Wöhschnitt in dem Antrage, die mit Verbandsstagsbeschlüssen im Widerspruch stehen, gestrichen würden, mit der Weiterleitung an die Gesamtkollegenchaft einverstanden. In der Aussprache bemerkte Kollege J. S c h m i d t, die Organisation habe die Unterstützung und die Karenzverlängerung zu regeln, und nicht unser Gau allein. Kollege L e p p e r t betonte, kein Anhänger solcher Hilfsmittel sein. Nur der Staat, die Allgemeinheit, habe die Pflicht, für die Opfer der kapitalistischen Wirtschaft zu sorgen. Eine wesentliche Verfüzung der Arbeitszeit könnte eine Herabsetzung der Arbeitslohnempfänger bewirken. Leppert reichte drei Anträge ein. Kollege K u n h l e r erklärte, über die reibungslose Durchführung des Antrages S ü t t g e n s könnten Zweifel vorhanden sein. Wie verhalten sich die Kollegen in den Betrieben dazu? Wie die Arbeitgeber? Kollege K u n h l e r wies die Entgegnungen des Kollegen Schmidt gegen die Vertreter bei den letzten Lohnverhandlungen auf das schärfste zurück, besprach sodann die Anträge des Kollegen Leppert. Antrag 1, der die Delegierten zum Verbandstag in Frankfurt a. M. auffordert, für die vorliegenden Anträge, betreffend Verfüzung der Arbeitszeit, einzutreten, wie Antrag 2, der für die nächste Versammlung ein Referat über „Das Arbeitszeitgesetz“ mit einem Korreferat vorlieht, empfahl Kunhler zur Annahme; Antrag 3, der die Hamburger Bürgerchaft auffordern will, den der Reisenunterstützung überwiegenen Arbeitslosen eine Weiterunterstützung in bisheriger Weise zu gewähren, eruchte er abzulehnen, da über die Reichsgesetze hinaus die Bürgerchaft die Ausführung solcher Anträge nicht beschließen dürfe. Kollege K u n h l e r besprach ferner die einzelnen Wöhschnitte des Antrages S ü t t g e n s. Nach Schluß der Aussprache erklärte sich S ü t t g e n s mit den gewünschten Streichungen einverstanden. In der Abstimmung wurden die Anträge 1 und 2 des Kollegen Leppert fast einstimmig angenommen, Antrag 3 dagegen mit großer Mehrheit abgelehnt. In der Gesamtabstimmung wurde der Antrag S ü t t g e n s und Genossen mit 218 gegen 166 Stimmen abgelehnt.

### Allgemeine Rundschau

Meisterprüfung. Vor der Handwerkskammer Koburg bestand Kollege F r i z K i r t z e n von dort die Meisterprüfung.

Maschinenscherstreik in Buenos Aires. Wie uns von der Maschinenschervereinigung Union Inotipistes in Buenos Aires durch Transatlantogramm mitgeteilt wurde, ist im dortigen „Argentinischen Tageblatt“ ein Maschinenscherstreik ausgebrochen. Einwanderungen aus Deutschland müssen unterbleiben.

Rollendung des Fachschulneubaus in Leipzig. Von der Geschäftsstelle des Vereins Leipziger Buchdruckerbesitzer ging uns die Mitteilung aus, daß der im August 1927 begonnene großzügige Schulneubau gegenüber dem Buchgewerkehaus in Leipzig vor seiner Vollendung steht. Am 29. Juni soll die Übergabe des monumental en Gebäudes durch den Erbauer, Herrn Architekt D r o g e, an den Leipziger Prinzipalverein erfolgen. Das inmitten des Buchgewerbe-

viertels liegende, nach den modernsten Gesichtspunkten der Hygiene und der Zweckmäßigkeit erbaute Schulhaus ist zur Aufnahme der Buchdrucker-Lehranstalt, der Fachschule für graphische Gewerbe bestimmt. Der Wert des Bauwerkes wird auf zwei Millionen Mark beziffert. Die Stadt Leipzig stellte den Bauplatz kostenlos zur Verfügung und gab außerdem ein unrentierliches Darlehen von 363 000 M. sowie ein weiteres Darlehen von 50 000 M. Das Wirtschaftsministerium des Freistaates Sachsen bewilligte ebenfalls ein Darlehen von 400 000 M. Der Deutsche Buchdrucker-Verein leistete einen Zuschuß von 100 000 M. in vier Raten. Die Errichtung der neuen Leipziger Fachschule bedeutet zweifellos einen sehr begrüßenswerten Fortschritt auf dem Gebiete buchgewerblicher Fachausbildung. Die von 1200 Lehrlingen besuchte Buchdrucker-Lehranstalt sowie die Fachschule für Staudruck wurden ihren Betrieb im neuen Gebäude sofort aufnehmen, während die Erröffnung der Meisterlehre im gleichen Gebäude am 1. Oktober erfolgt. Kredit- und Wirtschaftsgenossenschaft für Buchdrucker Deutschlands. Unter dieser Bezeichnung ist in Berlin am 17. Mai eine eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftung errichtet worden, deren Eintragung in das Genossenschaftsregister im „Deutschen Reichsanzeiger“ vom 15. Juni veröffentlicht wurde. Gegenstand des Unternehmens ist wirtschaftliche Förderung der Mitglieder der Genossenschaft: 1. durch den Betrieb von Kantgeschäften jeder Art zum Zwecke der Beschaffung der für die Mitglieder erforderlichen Geldmittel, 2. durch gemeinsamen Einkauf von Betriebsbedarf und Verkauf von Erzeugnissen der graphischen und verwandten Branchen, 3. durch Unterstützung bei Geschäftsankäufen und -verkäufen, Neugründungen, Spezialisierungen und andern Veränderungen, 4. durch Beschaffung von Aufträgen, Betriebsmitteln, Krediten, Beteiligungen und sonstigen Bedürfnissen, 5. durch Unterhaltung eigener Wirtschaftsbetriebe zwecks vorteilhafter Bedarfsdeckung der Mitglieder, 6. durch Bewertung von Verlagsrechten und Patenten der graphischen und verwandten Branchen. Welche Kreise hinter der neuen Wirtschaftsgenossenschaft stehen, ist uns bis jetzt nicht bekannt geworden, es scheint mehr privater Natur zu sein. In Leipzig besteht ein ähnliches Unternehmen des Deutschen Buchdrucker-Vereins, nämlich das auf Veranlassung Otto Säuberlichs gegründete Wirtschaftsamt des deutschen Buchdruckergewerbes. In Verbindung mit diesem Institut entstand die „Matra“, eine Material-einkaufsgenossenschaft für das Buchdruckergewerbe, die ebenfalls in Leipzig ihren Sitz hat.

Schiedspruch für die schlesische Textilindustrie. Der Lohnkampf der schlesischen Textilarbeiter, der zur Ausperrung von 65 000 Textilarbeitern und -arbeiterinnen führte, hat die Aufmerksamkeit breiter Volksschichten auf die furchtbare Not des Weberproletariats hingelenkt. Am 17. Juni ist von der Schlichterkammer für Schlesien ein Schiedspruch gefällt worden. Danach sollen die bisherigen Entlöshen mit sofortiger Wirkung um 2,8 Pf. und vom 1. April 1930 an um weitere 2 Pf., insgesamt also um 4,8 Pf., erhöht werden. Die andern Tariffälle sollen nach dem bisherigen Schluß erhöht werden. Diese Regelung soll sich in gleicher Weise aber auch auf die Akkordlöhne ausdehnen, d. h. die Akkordlöhne sollen, gleichgültig, in welcher Höhe sie bereits überverdient haben, in gleichem Umfange erhöht werden. Die Lohnregelung soll bis zum 31. Oktober 1930 Gültigkeit haben. Der Unternehmerverband der Textilindustriellen erklärte, daß diese Regelung eine wesentliche Mehrbelastung für die in einer großen Notlage befindliche schlesische Textilindustrie bedeute. Die endgültige Stellungnahme der Industriellen zu dem gefällten Schiedspruch steht noch aus. Eine Konferenz der Funktionäre des Textilarbeiterverbandes am 16. Juni in Breslau, in der alle von der Ausperrung betroffenen Ortsgruppen vertreten waren, nahm den Schiedspruch einstimmig an und beauftragte die Verbandseitung, seine Verbindlichkeitserklärung beim Reichsarbeitsminister zu beantragen.

Steuerverforderung für Entschädigungen ehrenamtlicher Funktionäre betreffend. Wie aus den neusten „Bundesmitteilungen“ des I. O. V. hervorgeht, fordern in neuerer Zeit verschiedene Finanzämter und auch einige Landesfinanzämter von den Ortsverwaltungen der Verbände und von den Vorständen der Ortsausschüsse Aufklärung über Höhe, Art und Umfang der Entschädigung, die den ehrenamtlichen Beitragsfällern für diese Tätigkeit gezahlt wird. In einzelnen Orten sind auch von den Betriebsräten gleiche Auskünfte gefordert worden, trotzdem diese in ihrer Funktion als Betriebsräte für solche Auskünfte absolut nicht in Frage kommen. Anlaß zu diesen Anfragen der Finanzämter hat wahrscheinlich eine vom Bundesvorstand Anfang April d. J. an das Reichsfinanzministerium gerichtete Eingabe gegeben, in der gegen die von einigen Finanzämtern bereits erfolgte Besteuerung der Beilüge ehrenamtlicher Beitragsfälliger Protest erhoben und Steuerfreiheit dafür verlangt wird. Zur Begründung dieser Forderung wurde ausdrücklich darauf hingewiesen, daß solche Vergütungen lediglich als Ersatz für den mit der Beitragsfälliger verbundenen Verzicht auf Stiefel, Kleidung, für erforderlich werdende Heiz- und Frühlöhner und für die beim Kassieren unvermeidlichen Wechselverluste und Beitragsmarkenverluste gezahlt wird, für die jeder Entschädiger voll einzuflehen hat. In der Regel sind die für das Entschädigen als Entlohnung gezahlten Beträge außerdem so gering, daß sich eine Veranlagung von selbst verbietet. Die geforderte Auskunft kann von den darum angegangenen Zahlstellenleitungen nicht verweigert werden; sie muß aber den Finanzämtern stets deutlich machen, daß es sich bei den ehrenamtlich tätigen Kassierern niemals um Entschädigungen im Sinne von steuerpflichtigen Aufwandsgehältern, sondern lediglich um Ersatz der Unkosten und entstehender Markenverluste handelt. Es steht zu erwarten, daß spätestens im Juli d. J. ein Erlaß des Reichsfinanzministeriums an die Landesfinanzämter herausgegeben wird, worin die Steuerfreiheit dieser Vergütungen zum Ausdruck kommt. Sobald dieser Erlaß vorliegt, wird er in der Gewerkschafts- und in den „Bundesmitteilungen“ bekanntgegeben werden.

**Kampf um die Steuerherabsetzung.** Da die Reparationsverpflichtungen ermäßigt sind, liegt eine Steuerermäßigung im Bereiche der Möglichkeit. Verschiedene Unternehmerorganisationen fordern deshalb sehr deutlich, daß die Summen, die gegenüber dem bisherigen Zahlungsplan wegfallen, in vollem Umfange zur Steuerentlastung verwendet werden. So heißt es z. B. in dem Wirtschaftsbild des Vereins deutscher Maschinenbau-Anstalten: „Nachdem nun die Höhe und Art unserer Verpflichtungen bekannt sind, müssen unverzüglich und in dringender Weise alle die Maßnahmen ins Werk gesetzt werden, die zur Verminderung der viel zu hohen öffentlichen Lasten längst als notwendig erkannt worden sind.“ Auch die Arbeiter und ihre Organisationen müssen sich langsam auf den kommenden Steuerkampf einstellen. Wenn schon die Lasten ermäßigt werden sollen, dann muß dies zum mindesten gleichmäßig geschehen. Deshalb mußte der Kampf um die Steuerbefreiung eine einheitliche Arbeiterfront vorfinden. Leider aber ist nicht einmal in dieser Beziehung jenes Minimum von Einigkeit vorhanden, das einen Erfolg sichert.

**Verschiedene Eingänge**

„Arbeiterjugend.“ Monatsförstler der sozialistischen Arbeiterjugend. 21. Jahrgang. Heft 6. Arbeiterjugendverlag Berlin SW 61, Belle-Alliance-Platz 8. Preis des Einzelhefts 25 Pf.

Anzeigenpreise: 15 Pf. die siebenzeilige Millimeterhöhe für Stellengesuche und -angebote sowie für Anzeigen kollegialer Herkunft (d. h. Vereins-, Fortbildungs- und Todesanzeigen); 50 Pf. für Anzeigen geschäftlicher Art

**Briefkasten**

A. Sch. in D.: Von der gewinnlichsten Veröfentlichung muß sich besonders Grunde ablesen werden. B. G. in D.: Würde bereits im „Korr.“ materiell. Vers. — B. G. in D.: Die organisierte Interessentensache. Müssen wir die Verantwortung ablehnen.

**Verbandsnachrichten**

**Ergebnis der Delegiertenwahlen zum 14. Verbandstag**  
Gau Dresden. Die Nachwahl zur Ermittlung der Stellvertreter zum 11. ordentlichen Verbandstag in Frankfurt a. M. hatte folgendes Ergebnis: Einzelnen waren 250 Stimmen zuteil, davon waren 27 unguiltig, mithin verbleiben gültige Stimmen 223. Die absolute Mehrheit beträgt 112 Stimmen. Es ergab sich: 1. Albert Lehmann (Dresden) 114 Stimmen, 2. Frau Eise (Dresden) 104 Stimmen, 3. Ernst Walther (Dresden) 69 Stimmen, 4. Alfred Wähnd (Dresden) 42 Stimmen. Kolleg Eise ist somit als Stellvertreter gewählt.

**Adressenveränderungen**

Jambers. Vorsitzender Alois Schliefer, Domstraße 11. I. Großenhain. Vorsitzender Ernst Böblich, Maudorf Nr. 100. Pöppstadi i. Westf. Vorsitzender: Heinrich Neutrop, Gussau. Adolfs-Str. 14; Kassierer: Arthur Pfeil, Kappelstraße 40. I. Neuruppin. (Bezirk und Ort.) Kassierer Max Sildfeldt, Kommissionsstraße 20.

**Zur Aufnahme gemeldet**

(Eingewandungen innerhalb 14 Tagen an die beigelagte Adresse):  
Im Gau Leipzig die Drucker I. Kurt Beyer, geb. in Leipzig, Südstr. 1883, ausgl. in Halle a. S. Ende 1909; 2. Otto Beyer, geb. in Hildersleben 1902, ausgl. in Leipzig 1920; waren schon Mitglieder. — 2. Josef Beyer in Leipzig, Brüderstraße 9. I.

**Reise- und Arbeitslosenunterstützung**

Breslau. Der von Breslau aus auf Wanderschaft ausgegangene Geber Erwin Schöf (Gautbuchnummer 5601) wird ersucht, sich wegen seiner Wohnverhältnisse mit dem Ortsbüro baldmöglichst in Verbindung zu setzen. Wir bitten die Kollegen Stellenverwalter, den Kollegen Schöf auf diese Notiz aufmerksam zu machen.

**Veranstaltungskalender**

Wahlhausen i. Thür. Gemeinliche Bezirksversammlung in u. a. Sonntag, den 28. Juni, mit dem Bezirk Eilenach im „Volkshaus“ in Volha. Anträge bis 12. Juni an den Vorsitzenden W. Gueber, Wahlhausen i. Thür., Volksteden-Walke 9.  
Koburg. Bezirksversammlung in u. a. Sonntag, den 14. Juni, vormittags 9 Uhr, im „Schleifhaus“ zu Schleifungen. — Anträge bis 6. Juni an den Vorsitzenden W. Smolinski, Koburg.  
— (Dort.) Bezirksversammlung in u. a. Sonntag, den 6. Juni, abends 7 Uhr, im Vereinszimmer des „Volkshauses“.  
Verenburg. Bezirksversammlung in u. a. Sonntag, den 22. Juni 1920, abends 8 Uhr, im „Rugarten“.

**Anzeigen**

Annahmeschluss: Montag und Donnerstag früh für die jeweilig nächst erscheinende Nummer. Anzeigenaufgaben für den „Korrespondent“ möglichst nur durch Einzahlung auf das Postfachkonto Berlin NW Nr. 26870

**Verein der Berliner Buchdrucker und Schriftgießer**

**Zur JOHANNISFEIER**  
am 22. Juni im „Carls Hof“, Berlin-Plötensee, am Spandauer Schifffahrtskanal, sind uns alle Kollegen mit familiensehr willkommen-reichhaltige Darbietungen: Japanisches Tagesfeuerwerk, Wasserspiele, Kinder-Belustigungen und Festball

50 Pf. werden im Vorverkauf als Festbeitrag erhoben, an der Lokalkasse 75 Pf. Karten im Gaubureau und bei den Vereinsboten Als Festdrucksache erscheint der „Nonp.-Korr.“, der für 15 Pf. einschl. Porto vom Koll. A. Freytag, Neukölln, Rosseger Str. 31 bezogen werden kann.

**Leipziger Maschinenleber-Bereinigung**

Donnerstag, den 20. Juni, vormittags 10 Uhr, im Gartencafe des „Volkshauses“, Zeiger Straße 32:  
**Versammlung**  
Tagesordnung: 1. Geschäftliches. 2. Bericht vom Sachverständigen Maschinenleberkongress. 3. Verschiedenes.

**Reste** in Herrenstoffen zu bedeutend herabgesetzt. Preisen  
**Julius Richter, Spremberg I. 1**  
Versand an Private und engros — Muster frei — Gegr. 1897

**Bitte!** Alle Kollegen, die bei der Firma Deutsche Buch- und Kunstdruckerei in Guben (Mitt.) in Stellung waren, bitte ich, mir ihre Anschrift mitzuteilen. 1880  
Wilhelm Schöder, Drucker, Elegen i. W., Wärbachweg 60.

**Ergebnisse**  
Empfiehlt erholungsfindenden Kollegen in meinem neuerrichteten Privatbathaus einige laubere, sonnige Zimmer mit beliebiger Ausstattung gegen mäßige Vergütung. Rentat., waldreiche Lage. Walter Wehling, Lauter i. Erzgebirge, Siedlung Betschhaus.

**Ferienaufenthalt**  
bis zu vier Personen im Privatbathaus in schön gelegener Det. Thüringens. Waldwandern, Glühbad, bequeme Tagesausflüge nach dem Schwarzwalde, 4,50 M. bei voller Pension. 1881  
Zuschreiben an:  
S. Querengässer, Wipfaldt (Saale).

**Format u. Unterliegende**  
Schlingen, Schließzeug  
Maschinenbänder  
Seitenauftragwalzen  
Verlag des Ostdeutschen Bundes, d. B., Berlin SW 61, Dreilindstraße 5.

Am 14. Juni verschied unerwartet der Maschinenleber (zuletzt Korrektor) **Max Frißche** im 61. Lebensjahre. Wir werden dem wackeren Verbandskollegen stets ein ehrendes Andenken bewahren.  
Die Kollegen der Dr. Güntherschen Stiftung (Dresden) Angelegen.

Am Dienstag, dem 18. Juni, verschied nach schwerem Leiden unser lieber Kollege, der Seher **Ernst Maroff** im Alter von 37 Jahren. Wir verlieren in ihm einen lieben Kollegen und werden dem Dahingegangenen stets ein ehrendes Andenken bewahren.  
Die Kollegen der Buchdruckerei Maurer & Dümmler, Berlin.  
Die Einschickung findet am Sonntag, dem 22. Juni, 1 Uhr nachmittags, im Krematorium Baumgartenweg, statt.

Am 14. Juni verschied nach längerem Leiden unser lieber Kollege 1880 **Max Frißche** im Alter von 61 Jahren. Wir verlieren in ihm einen lieben Kollegen und werden dem Dahingegangenen stets ein ehrendes Andenken bewahren.  
Die Kollegen der Buchdruckerei Maurer & Dümmler, Berlin.

Nach längerem, schwerem Leiden verschied im gerade vollendeten 69. Lebensjahre unser lieber Freund und Kollege **Adolf Bachsmann**

an den Folgen eines Hirnleidens. Aber 40 Jahre Mitglied unserer Organisation, hat er es stets verstanden, durch sein hartehtes, konstantes und blühendes Wirken die Interessen der Kollegen und der Sache zu fördern. Was Vertrauen seiner Kollegen hat ihn in verschiedene Ehrenämter berufen; so war er längere Jahre Vorsitzender des Ortsverbandes, einige Jahre Vorsitzender der Bezirksparität usw. auch hat er jahrelang aktiv in unserer „Typographia“ bis zu seinem allzufrühen Weggang mitgewirkt. So steht er vor uns als Vorbild treuer Pflichterfüllung, und so wird er in uns weiterleben für fernere Zeiten.  
Ostdeutscher Karlsruher.

Am 11. Juni verstarb nach schwerem Krankheitslager der Seher **Karl Bod** im Alter von 33 Jahren. Ein ehrendes Andenken bewahren ihm  
Die Kollegen der Firma A. Seydel & Cie, Berlin.

Am 13. Juni verschied nach langem, schwerem Leiden unser lieber Kollege, der Drucker **Hugo Heß** aus Koburg, im Alter von 63 Jahren. Wir werden dem wackeren Verbandskollegen stets ein ehrendes Andenken bewahren.  
Die Kollegen der Buchdruckerei Ostdeutscher Verlag, Coburg.

Am 11. Juni verstarb nach langem, schwerem Krankheitslager der Seher **Karl Bod** im Alter von 33 Jahren. Ein ehrendes Andenken bewahren ihm  
Die Kollegen der Firma A. Seydel & Cie, Berlin.

Durch Unglücksfall aus den Reihen gerissen wurde uns am 17. Juni unser lieber Kollege, der Seher **Ernst Möhle** im Alter von 26 Jahren. Er war uns allen ein ehrendes Andenken bewahren.  
Die Kollegen der Buchdruckerei Maurer & Dümmler, Berlin.

Nach längerem, schwerem Leiden verschied im gerade vollendeten 69. Lebensjahre unser lieber Freund und Kollege **Adolf Bachsmann**

an den Folgen eines Hirnleidens. Aber 40 Jahre Mitglied unserer Organisation, hat er es stets verstanden, durch sein hartehtes, konstantes und blühendes Wirken die Interessen der Kollegen und der Sache zu fördern. Was Vertrauen seiner Kollegen hat ihn in verschiedene Ehrenämter berufen; so war er längere Jahre Vorsitzender des Ortsverbandes, einige Jahre Vorsitzender der Bezirksparität usw. auch hat er jahrelang aktiv in unserer „Typographia“ bis zu seinem allzufrühen Weggang mitgewirkt. So steht er vor uns als Vorbild treuer Pflichterfüllung, und so wird er in uns weiterleben für fernere Zeiten.  
Ostdeutscher Karlsruher.



**Alles fährt LINDCAR**  
Obere Anzahlung  
Kleinste Raten  
vork.  
Fahrradwerk, Berlin-Lichtenrade  
Untermieter der Gewerkschaften

Auskunft und Bestellung durch alle Ortsausschüsse des ADGB.  
Fabrikniederlagen an folgenden Plätzen des Reiches:  
Berlin SW, Oranienstrasse 127  
Berlin NO, Große Frankfurter Str. 83  
Bodum, Rotlstrasse 27  
Braunschweig, Schöppenstedter Str. 3/4  
Bremen, Nordstrasse 45/47  
Breslau, Feldstrasse 24  
Dortmund, Hansastrasse 3  
Dresden, Ritzbergstrasse 6  
Dulzburg, Grosser Kalkhof 6  
Düsseldorf, Wallstrasse 27  
Erlenberg, Berliner Strasse 78  
Erfurt, Johannesstrasse 55  
Essen, Stopenberger Str. 10  
Frankfurt am Main, Gr. Friedberger Str. 19  
Görlitz, Pontestrasse 1  
Hagen, Weststrasse 6  
Hamburg, Nagelsweg 16/18  
Hannover, Celler Strasse 156  
Köln-Deutz, Eilorter Strasse 1  
Külsberg i. Pr., Vorder-Rossgarten 32  
Leipzig, Zeltzer Strasse 32  
Magdeburg, Schönebeckstrasse 6  
Mainz, Grosse Bleiche 53  
München, Pestalozzistrasse 40/42  
Nürnberg, Breite Gasse 81  
Plauen, Königstrasse 15  
Stuttgart, Calwer Strasse 33  
Vegeack, Lindenstrasse 12/14  
**LINDCAR-FAHRRADWERK AKTIENGESELLSCHAFT**  
BERLIN-LICHTENRADE

**Kleiffertopf**  
verzinkt, zum Schutz des Verrostens des Zirkonkloeffers.  
Durch Fingerring auf einen Kolben tritt das Kleiffertopf aus einer kleinen Öffnung heraus und bleibt bis zum letzten Rest abgedrückt. Preis Rmk. 3.50 p. Sidi.  
Verlag H. Siegel, München  
Columbusstraße 1.

**Wintelhaken**  
von J. M. an Heiser A. Siegel, München 9, Kolonnenstraße 20.